

Evangelische Hochschule Nürnberg

Soziale Arbeit

Bachelor-Thesis
zur Erlangung des akademischen Grades

Bachelor of Arts

Gesellschaftliche Auswirkungen der Erderhitzung in Deutschland

Die Ausrichtung der Sozialen Arbeit zur Förderung von Klimaresilienz

Immanuel Z. Ziefle

Erstgutachterin: Prof. Dr. Andrea Nickel-Schwäbisch

Zweitgutachter: Prof. Dr. Joachim König

Abgabetermin: 23.09.2021

Abstract

Angesichts der Erderhitzung steht die Soziale Arbeit in Deutschland vor großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Anhand der Analyse von Ursache und Wirkung der Klimakrise wird der Frage nachgegangen, wie sich die Profession der Sozialen Arbeit ausrichten kann, um mit diesen umzugehen. Mittels Literaturrecherche über die treibenden Kräfte der Erderhitzung und den mannigfaltigen gesellschaftlichen Auswirkungen der Klimakrise wird die Notwendigkeit einer umfassenden Neuorientierung unserer Lebens- und Wirtschaftsweise identifiziert und Anknüpfungspunkte für sozialarbeiterisches Handeln aufgezeigt. Dabei steht die Förderung von Klimaresilienz im Zentrum der Ausrichtung Sozialer Arbeit, die durch vielerlei Ansätze vorangetrieben werden sollte. Alternative Wirtschaftsmodelle und Denkschulen werden hierfür zurate gezogen und kritisch diskutiert. Als Ergebnis lässt sich zusammenfassend sagen, dass es für mehr Klimaresilienz eine Stärkung der politischen Sozialen Arbeit benötigt, die auf bildungspolitischem Wege Konzepte entwirft und hegemoniale ökonomische Paradigmen in Frage stellt. Die Profession der Sozialen Arbeit kann und sollte dazu beizutragen, die Wirtschafts- und Lebensweisen demokratisch so zu gestalten, dass klimaresiliente Strukturen gestärkt werden.

Inhaltsverzeichnis

1. HINFÜHRUNG	1
2. DIE TREIBER DER ERDERHITZUNG: DIE FOSSILE GESELLSCHAFT ZWISCHEN WACHSTUMSZWANG UND IMPERIALER LEBENSWEISE	2
2.1 DIE IMPERIALE LEBENSWEISE	3
2.1 DER WACHSTUMSZWANG IM KAPITALISMUS	4
3. AUSWIRKUNGEN DER KLIMAKRISE FÜR DIE GESELLSCHAFT IN DEUTSCHLAND ...	6
3.1 GESUNDHEITSRSIKEN	7
3.1.1 <i>Hitzestress und Luftverschmutzung</i>	7
3.1.2 <i>Psychische Auswirkungen der Klimakrise</i>	12
3.2 (KLIMA-)KONFLIKTE UND DIE CHANCE EINER RENAISSANCE DER SOZIALEN FRAGE	14
3.2.1 <i>Extremwetter und dessen soziales Konfliktpotential</i>	14
3.2.2 <i>(Klima-)Flucht und Migration nach Deutschland</i>	18
4. DIE AUSRICHTUNG DER SOZIALEN ARBEIT ZUR FÖRDERUNG VON KLIMARESILIENZ	22
4.1 DER BEGRIFF DER KLIMARESILIENZ	23
4.2 DIE IDEE VON POSTWACHSTUM UND DAS GUTE LEBEN FÜR ALLE	26
4.3 DAS POLITISCHE MANDAT DER SOZIALEN ARBEIT	31
4.4 EIN DEBATTENBEITRAG ZUR POLITÖKONOMISCHEN AUSRICHTUNG SOZIALER ARBEIT	33
5. RESÜMEE UND AUSBLICK	39
6. LITERATURVERZEICHNIS	43

1. Hinführung

„Wenn wir das [mit der Klimapolitik] nicht hinkriegen, werden unsere Kinder Kriege um Wasser und Lebensmittel führen. Daran habe ich keinen Zweifel.“

Frans Timmermanns, EU-Kommissar für Klima 2021

Die Zahl an dystopischen Filmen über unsere Zukunft wächst stetig. Und das nicht ohne Grund. Nahezu wöchentlich werden in den Medien neue naturwissenschaftliche Erkenntnisse über die Entwicklung der Klimakrise aufgearbeitet, die alarmierende Schlüsse auf die zukünftigen Lebensbedingungen ziehen lassen. So scheint der dystopische Science-Fiction-Film *Elysium* aus dem Jahre 2013 gar nicht mehr so fern. Der Film handelt von zwei Parallelgesellschaften, die auf unterschiedlichen Planeten separiert, und von extremer Ungleichheit gekennzeichnet sind. Während die Armen auf dem verwüsteten Planeten Erde dahinsiechen und für einen Hungerlohn von Robotern zum Arbeiten gezwungen werden, befindet sich die reiche Gated Community auf der Weltraumstation Elysium, auf der sie ein Leben in Fülle genießt, modernste Technik den Lebensalltag erleichtert und Krankheiten längst überwunden worden sind. Die Regierung von Elysium agiert technokratisch und wehrt Flüchtlingsschiffe vom Planeten Erde mit Vernichtungsschlägen ab. Analogien zur real existierenden extremen sozialen Ungleichheit zu ziehen, fällt nicht schwer. Ebenso wenig fällt es schwer, zu erkennen, dass die fortschreitende Erderhitzung¹ soziale Ungleichheit verschärft und Verteilungskonflikte neu entflammen lässt. Immer mehr Flüchtlinge machen sich beispielsweise aufgrund von sich ausbreitender Desertifikation auf den Weg, um elementare Lebensgrundlagen für sich und ihre Familie sicherstellen zu können. Elysium repräsentiert in gewisser Weise die Europäische und Nordamerikanische Sphäre, die sich vom globalen Süden abschottet. Doch auch in Europa und in Deutschland werden die Folgen der Erderhitzung für immer mehr Menschen spürbar. Extreme Hitze, noch nie dagewesene Extremwetterereignisse und das Wissen, dass wir auf eine Klimakatastrophe zusteuern, wirkt sich gesellschaftlich einschneidend aus. Mit welchen Auswirkungen der Erderhitzung können wir in Deutschland rechnen?

¹ Der Begriff der Erderhitzung macht im Gegensatz zum Begriff der Erderwärmung auf die Dringlichkeit zur Intervention aufmerksam. Erderwärmung wird immer weniger verwendet, da er euphemistisch anmutet.

Was heißt das für die Soziale Arbeit hierzulande und wie kann sie sich politisch ausrichten, um die Erderhitzung aufzuhalten, beziehungsweise Auswirkungen abzumildern? Um sich diesen Fragen anzunähern, wird im ersten Abschnitt zunächst der Blick auf die grundlegenden Ursachen der Erderhitzung gerichtet.

2. Die Treiber der Erderhitzung: Die fossile Gesellschaft zwischen Wachstumszwang und imperialer Lebensweise

Die Lage ist Paradox: Zum einen sind Themen wie Klimawandel, nachhaltige Lebensweisen und die Wirkung von Treibhausgasen weitläufig in Bildungseinrichtungen, Institutionen und im politischen Diskurs verbreitet, zum anderen erfolgt darauf keine angemessene Reaktion, um die Klimakrise aufzuhalten. Zwar wächst das Bewusstsein für die Erderhitzung und es kann eine deutliche Verminderung der Treibhausgas-Emissionen von 1.249 Mio. t im Jahr 1990 auf 810 Mio. t 2019 verzeichnet werden (vgl. Umweltbundesamt a 2021), dennoch ist Deutschland nicht ansatzweise auf dem Kurs, bis 2040 klimaneutral zu werden, um das selbstgesteckte 1,5°C-Ziel des Pariser-Klimaabkommen zu erreichen (vgl. Climate Action Tracker 2021). Das hat verschiedene Gründe.

Während in Krisen wie der Covid-19-Pandemie tägliche neue Inzidenzwerte veröffentlicht werden und so ein einfach nachvollziehbarer Indikator zur Einschätzung der Krisenlage im Alltag vorhanden ist, verläuft die Erderhitzung in Deutschland schleichend voran, sodass das die meisten Menschen hierzulande lediglich Wetterschwankungen wahrnehmen (vgl. Reimer/Staud 2021: 9). Es besteht also eine psychologische Distanz zwischen Wahrnehmung und den langfristigen Folgen. Gleichzeitig werden wissenschaftliche Erkenntnisse kommunikativ unzureichend aufgearbeitet, abstrakte Zahlen und Maßeinheiten wie beispielsweise „ppm“ interessieren nur Menschen, die sich sowieso schon mit dem Thema auskennen, und die Betonung der Unsicherheit über exakte Klimaprognosen, welche Forscher*innen korrekterweise betonen, vermittelt bei vielen Menschen eine Unsicherheit, die den Klimawandelverleugner*innen und -verharmloser*innen mit ihren Relativierungen in die Hände spielen (Ebd.). Während die psychologische Distanz und die ausgeprägte Fähigkeit zur Verdrängung der Menschen dazu beitragen, dass die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise keine politische Dominanz erlangen, sorgt gleichzeitig unsere Lebensweise dafür, dass die Emissionen sowie die

Umweltzerstörungen weiter voranschreiten und die Erderhitzung verschärfen. Entscheidend ist dabei unsere kapitalistische Wirtschaftsweise, die nach wie vor auf fossile Energieträger angewiesen ist und ökonomische Macht so konzentriert, dass ein Umsteuern in der Klimapolitik erschwert bis verhindert wird.

2.1 Die Imperiale Lebensweise

Wenn es um internationale Zusammentreffen zur Bekämpfung der Klimakrise geht, werden nach Ulrich Brand und Markus Wissen zwei relevante Ursachen vernachlässigt: der globalisierte Kapitalismus und das imperiale Nord-Süd Gefälle (vgl. Brand/Wissen 2017: 23). Mit ihrem Begriff der *imperialen Lebensweise* weisen die beiden Autoren auf die bestehenden Herrschaftsstrukturen hin, die notwendig sind, um die kapitalistische Wirtschaftsweise zu reproduzieren:

„Entscheidend für das Leben in den kapitalistischen Zentren ist die Art und Weise, wie Gesellschaften andernorts – insbesondere im globalen Süden – organisiert sind und ihr Verhältnis zur Natur gestalten, da diese grundlegend dafür ist, ob der für die Ökonomien des globalen Nordens nötige Transfer von Arbeit und Natur aus dem globalen Süden gewährleistet ist“ (ebd.: 43 f.)

Die kapitalistische Wirtschaftsweise beutet Natur und Arbeitskräfte andernorts aus, um Wohlstand zu erzeugen. Der globalisierte Kapitalismus hat durch Freihandelsabkommen zwischen stark ungleichen Wirtschaftsnationen eine imperiale Systemlogik immanent, wenn man Imperialismus als „das Streben von Staaten, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszudehnen“ (Toyka-Seid/Schneider 2020) begreift. Zwar gibt es weniger kriegerische Auseinandersetzungen zwischen Staaten als im Imperialismus des 19. und Anfang des 20. Jahrhundert, jedoch ist der ökonomische Einfluss von Staaten des globalen Nordens gegenüber denen des Südens nach wie vor weitreichend. Es werden neue Märkte erschlossen und Einheimische durch Formen der Privatisierung von Gemeingütern enteignet (vgl. Brand/Wissen 2017: 50). Dabei spielt der Druck von Unternehmen und letztendlich die Nachfrage von Seiten der Konsument*inn/-en eine entscheidende Rolle. Durch geschicktes Marketing und intransparente Lieferketten wird auch in gesättigten Gesellschaften neue Nachfrage erzeugt und die imperiale Lebensweise auf Kosten von marginalisierten Gruppen und der Zerstörung der Natur fortgeführt. Mit dem Begriff der Lebensweise schließen sich Brand und Wissen Antonio Gramsci an, der davon ausging, dass widersprüchliche Gesellschaftsformationen, wie die kapitalistische, sich nur reproduzieren lassen, wenn sie im Alltagsverstand und in den Alltagspraxen verankert

sind und als „natürlich“ erscheinen (vgl. ebd.: 45). Die Naturalisierung, beziehungsweise Normalisierung von „Produktions-, Distributions- und Konsumnormen, die tief in die politischen, ökonomischen und kulturellen Alltagsstrukturen und -praxen der Bevölkerung [...] eingelassen sind“ (ebd. 44), beschreibt genau den von Ihnen entwickelten Begriff der imperialen Lebensweise (ebd. 44). Er verbindet Alltagshandlungen mit gesellschaftlichen Strukturen. Durch alltägliches Handeln in der Mobilität, der Ernährung oder der Nutzung von technischen Geräten, wie beispielsweise Smartphones, werden gesellschaftlich normal und attraktiv erscheinende Alltagspraxen etabliert. Diese Alltagspraxen sind kein Zwang, sondern Produkt hegemonialer Machtverhältnisse und werden als selbstverständlich wahrgenommen (vgl. ebd.: 45). Hegemonie meint dabei nach Antonio Gramsci eine Herrschaftskonstellation, die auf einem „Konsens der Regierten“ beruht und durch den „Alltagsverstand“ stabilisiert wird (vgl. ebd.: 56).

Hier werden erste Handlungsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit deutlich, da sie Klienten in unterschiedlichen Arbeitsfeldern bei der Bewältigung ihres Lebensalltags auf unterschiedliche Weise zur Seite steht. Lebensweisen und Konsens sind wandelbar. Sozialarbeitende könnten dabei eine Vorbildfunktion einnehmen, alternative Lebensweisen vorleben, Klient*inn /-en dabei unterstützen eine eigene politische Meinung zu entwickeln, problematische strukturelle Gewaltssysteme thematisieren und Nischen mit Handlungsspielräumen schaffen, in denen Klient*inn /-en neue Erfahrungen sammeln können, um sich selbstwirksam zu erleben und ein aufgeklärtes Bewusstsein zu erlangen. Die imperiale Lebensweise ist die Ursache für die Erderhitzung und macht deutlich, dass die Klimakrise ein soziales Problem darstellt. Gleichzeitig lässt sich die Frage stellen, ob sich diese imperiale Wirtschaftsweise nicht noch ein wenig fortführen lässt, bis alle Nationen wie beispielsweise China an Wohlstand gewinnen und dann, wenn wir genug haben, damit aufhören könnten.

2.1 Der Wachstumszwang im Kapitalismus

Das Bruttoinlandprodukt (BIP) gibt Auskunft über das Wirtschaftswachstum und ist nach wie vor die dominierende ökonomische Kennzahl, die den wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft ausdrückt und von Regierungen aller Welt anerkannt wird. Dabei gilt es nicht zu vergessen, dass die Entwicklung von kapitalistischen Wachstumsökonomien ein

relativ junges Phänomen darstellt, welches sich erst durch die finanzielle und die damit verbundene industrielle Revolution im 19. Jahrhundert herausbildete (vgl. Binswanger 2019: 23 ff.). Durch die finanzielle Revolution, welche die Möglichkeit zur Geldschöpfung im Gegenzug zu zukünftigen Gewinnerwartungen bedeutet, wurde neben der Arbeitskraft das Kapital zum wichtigsten Produktionsfaktor für die Wirtschaft. Im Vergleich zur Subsistenzwirtschaft, bei der es neben etwas Tauschhandel zunächst um die Selbstversorgung mit Lebensmittel ging und dem Boden als Anbaufläche einen hohen Wert beigemessen wurde, da er knapp ist, lässt sich in der kapitalisierten Wirtschaftsweise der Produktionsfaktor Geld immer weiter vermehren und ist somit von den natürlichen Grenzen zunächst einmal unabhängig (vgl. ebd.: 27). Allerdings ist, wie bereits erwähnt, die finanzielle Revolution eng mit der industriellen Revolution verknüpft, die einen enormen Ressourcenverbrauch mit sich zog, bei der vor allem fossile Energieträger, wie Kohle, Gas und Erdöl, die entscheidende Rolle für das Wirtschaftswachstum spielten. Nach wie vor hängt das Wirtschaftswachstum enorm von fossilen Energieträgern ab, deren Verbrennung bekanntlich die Erderhitzung verursacht. Zwar schaffen es Industriestaaten wie Deutschland, das Wirtschaftswachstum zumindest relativ vom Energieverbrauch zu entkoppeln, was sich daran zeigt, dass die Emissionen seit 1990 trotz anhaltendem Wirtschaftswachstum rückläufig sind, jedoch könnte die Darstellung verfälscht sein, da viele CO₂-intensive Prozesse ins Ausland geschoben und somit aus der Rechnung externalisiert werden (vgl. ebd.: 240).

Man könnte sich fragen: Wieso produzieren die Unternehmen nicht einfach weniger, wenn die Produktion nach wie vor so klimaschädlich ist? Mathias Binswanger benennt die relevanten Wachstumstreiber der kapitalistischen Wirtschaft. Dabei spielen *technischer Fortschritt* sowie *Wettbewerb und Konkurrenz* die entscheidende Rolle für den Wachstumszwang. „Ein auf dem Markt tätiges Unternehmen kann auf die Dauer gegenüber der Konkurrenz nur dann einen Wettbewerbsvorteil erzielen, wenn es auch technischen Fortschritt gibt“ (ebd.: 123). Und ohne diesen Wettbewerbsvorteil setzt sich das Unternehmen großer Gefahr aus, nicht dauerhaft auf dem Markt bestehen zu können. Innovation in Produktionsverfahren machen Investitionen lohnend, erzeugen Wachstum und bringen dynamische Gewinne. Arbeitssparende Innovationen sind besonders gewinnbringend, da Personal hierzulande der teuerste Produktionsfaktor ist (vgl. ebd.). Hat ein

Unternehmen eine Monopolstellung erreicht, kann es längere Zeit ohne Wachstum auskommen – allerdings haben diese vielerlei negative Folgen für die Verbraucher*innen, die in der Folge diesen Unternehmen ausgesetzt sind. Der Wettbewerb gehört zum Kapitalismus und der daraus resultierende technische Fortschritt lässt sich nicht so einfach unterbinden, ganz abgesehen von der Frage, ob dies wünschenswert wäre (vgl. ebd.: 125). Neben dem Wachstumszwang gibt es noch weitere Wachstumstreiber die Binswanger benennt, zum Beispiel das Streben nach „immer mehr“ auf der Nachfrageseite durch die Konsument*inn /-en, oder die Finanzialisierung der Wirtschaft, mit der überzogene Renditeerwartungen einhergehen, welche die Realwirtschaft zum Wachstum zwingt (vgl. ebd.: 121 f.).

Nach Binswanger ist der Wachstumszwang eng mit der kapitalistischen Wirtschaft verknüpft. Der Wachstumszwang entsteht im Kern durch das Zusammenspiel von Wettbewerb und Konkurrenz, der durch technischen Fortschritt befeuert wird. Wie Alternativen dazu aussehen könnten, wird in Kapitel 4 *Die Ausrichtung der Sozialen Arbeit zur Förderung von Klimaresilienz* erörtert. Nach der groben Ursachenanalyse der Klimakrise werden vor der Erörterung von Lösungsansätzen die Auswirkungen der bisherigen Erderhitzung für die Gesellschaft in Deutschland dargestellt.

3. Auswirkungen der Klimakrise für die Gesellschaft in Deutschland

Wie bei den Ursachen der Klimakrise, sind auch die gesellschaftlichen Auswirkungen der Erderhitzung komplex und befinden sich in einem interdisziplinären Feld, zwischen Naturwissenschaft, Medizin, Psychologie, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Wie eine Gesellschaft auf die Herausforderungen reagieren wird, inwieweit sich soziale Verhältnisse verändern und wie Politiker*innen in naher Zukunft entscheiden werden, bleibt spekulativ. In diesem Kapitel wird es um die sehr wahrscheinlichen Auswirkungen der Erderhitzung gehen. In den Fokus genommen werden jene auf die Gesundheit, soziale Verteilungskonflikte sowie die Auswirkungen der Klimakrise auf bereits bestehende existenzielle Nöte, die Menschen zu Migration und Flucht bewegen.

3.1 Gesundheitsrisiken

Zunächst gilt es die Begrifflichkeiten klarzustellen. Es gibt eine zeitliche Dimension, welche für die Analyse klimabedingter Gesundheitsrisiken von Bedeutung ist. Die Begriffe *Wetter*, *Witterung*, und *Klima* sind dazu da, eine zeitliche Unterscheidung deutlich zu machen. Das Wetter spielt sich innerhalb von Stunden und wenigen Tagen an einem bestimmten Ort ab, Witterung meint typische Wetterlagen in einer bestimmten Jahreszeit und erstreckt sich über Wochen beziehungsweise Monate und das Klima ist eine statistische Aufzeichnung dessen, welche meist über Jahrzehnte erfolgt (vgl. Eis et al. 2010: 10). Beim Klima handelt es sich um ein dynamisches Zusammenspiel unterschiedlicher Subsysteme, sie lassen sich einteilen in *Hydrosphäre* (Ozeane/Meere, Wasservorkommen und -kreisläufe), *Kryosphäre* (Schnee und Eis), *Pedos-* und *Lithosphäre* (Boden und Gestein) und *Biosphäre* (Mikroorganismen, Pflanzen, Tiere und Menschen/Anthroposphäre) (vgl. ebd.: 12). Sie stehen in Wechselwirkung und werden im hohen Maße durch die Sonne und Treibhausgase wie CO₂ und CH₄ (*Kohlendioxid* und *Methan*) beeinflusst. Auch wir Menschen sind in dem von uns selbst geschaffenen System der Anthroposphäre und seinen vielfältigen Subsystemen von den natürlichen Klimasystemen stark abhängig und benötigen ausreichend sauberes Wasser, einen fruchtbaren Boden für nahrhafte Lebensmittel, und so weiter, um ein gutes Leben führen zu können. Von großer Bedeutung für unsere Gesundheit sind zudem die thermodynamischen Wechselwirkungen durch die Hitze, Dürre, Brände oder Überschwemmungen entstehen können. Welche gesundheitlichen Risiken des Klimawandels in Deutschland bereits bestehen und welche in naher Zukunft (bis 2050) mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eintreten werden, beantworten die folgenden Absätze.

3.1.1 Hitzestress und Luftverschmutzung

Hitze und Luftverschmutzung sind die gefährlichsten gesundheitlichen Auswirkungen, der Erderhitzung in Deutschland. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie im Gegensatz zu Katastrophen wie Überschwemmungen oder Stürme im Alltag stattfinden und keine Ausnahmesituation darstellen (vgl. Schad et al. 2013: 173). Hitzewellen sind von *Hitzetagen* und *Tropennächten* gekennzeichnet. Ein Hitzetag liegt dann vor, wenn die Höchsttemperatur über 30 °C liegt und eine Tropennacht dann, wenn es in der Nacht nicht kühler als 20°C wird (vgl. Umweltbundesamt b 2021). Die drei heißesten Sommer seit Start der

Aufzeichnungen 1881 waren in Deutschland 2003, 2018 und 2019 (vgl. Deutscher Wetterdienst 2020). Dank moderner Attributionsforschung² lassen sich Hitzewellen³ mit hoher, bis sehr hoher Wahrscheinlichkeit dem Klimawandel zuordnen (vgl. IPCC 2018: 11). Die letzten dreißig Jahre sind global bereits 37% der Hitzetoten auf den Klimawandel zurückzuführen, wobei Expert*inn /-en aufgrund der begrenzten Datenlage (es existieren kaum Daten aus Afrika) von einem deutlich höheren Anteil ausgehen (vgl. Otto 2021). In Deutschland werden heiße Tage immer häufiger, in Süddeutschland waren im Hitzesommer 2003 bis zu 60 Heißtage zu verzeichnen (vgl. Umweltbundesamt b 2021). Auch in Zukunft muss mit einer weiteren Zunahme von Hitzetagen gerechnet werden. Allerdings wird es wie auch in der Vergangenheit starke regionale Unterschiede geben. Die hitzebedingte Sterblichkeit (Mortalität) war 2003 in Baden-Württemberg beispielsweise besonders hoch, die Gesamtsterblichkeit wich in der Hitzeepisode Ende August um zirka 55% gegenüber der erwarteten Gesamtsterblichkeit ab (vgl. Augustin et al. 2017: 138). Europaweit starben im Sommer 2003 während der „Hitzewellen in zwölf europäischen Ländern schätzungsweise 50.000-70.000 Menschen, was als eine der größten europäischen ‚Naturkatastrophen‘ anzusehen wäre.“ (vgl. ebd.).

Menschen sind Säugetiere und können somit ihre Körpertemperatur bis zu einem gewissen Grad umweltunabhängig auf einem stabilen Niveau (zwischen 36 und 38 °C) halten, sodass sie das ganze Jahr über funktionieren und weder Winterschlaf noch Sonnenbad benötigen, um ihre Temperatur zu halten und Energie zu „tanken“ (vgl. Schad et al. 2013: 174). Der wichtigste Mechanismus zur Thermoregulation des Körpers erfolgt durch das Schwitzen. Wir verlieren mindestens einen halben Liter in Ruhe und bis zu sechs Liter Schweiß am Tag bei Hitze oder körperlicher Anstrengung (vgl. Das Erste 2015). Bei Extremsportlern kann sich die Menge gar auf bis zu 16 Liter pro Tag steigern. Eine weitere Funktion des Körpers, die Temperatur zu senken besteht darin, die peripheren Gefäße zu erweitern. Die Extremitäten wie Beine und Arme werden dann besser durchblutet und geben durch eine vergrößerte Wärmeaustauschfläche Wärme nach außen ab. Für gesunde Menschen sollten die Hitzetage in Deutschland durch die Thermoregulationsfunktionen und unter Beachtung ausreichender Flüssigkeitszufuhr kurz- und mittelfristig bis 2050

² Die Attributionsforschung untersucht Einflüsse des Klimawandels auf extreme Wetterereignisse.

³ Hitzewellen sind global nicht einheitlich definiert, jedoch spricht man in der Regel ab drei aufeinanderfolgenden Hitzetagen von einer Hitzewelle.

gut handhabbar sein. In einer anderen Lage befinden sich vulnerable Gruppen, jene die aufgrund ihres Gesundheitszustandes besonders gesundheitlichen Risiken ausgesetzt sind, wie Säuglinge, Kleinkinder, ältere und kranke Menschen, bei denen diese Funktion der Temperaturregulation nur eingeschränkt funktionieren (vgl. Augustin et al. 2017: 139). Hitze belastet das Herz-Kreislauf-System, den Bewegungsapparat sowie die Atmung und kann so Erkrankungen auslösen, beziehungsweise bei den genannten vulnerablen Gruppen zum Tode führen (vgl. ebd.). Hitzeerkrankungen, Hitzeerschöpfung und Hitzeschlag sind die bekanntesten Erkrankungen, die durch Hitze verursacht werden (vgl. Eis et al. 2010: 95). Die Hitzeerschöpfung ist die häufigste hitzebedingte Erkrankung und „äußert sich in intensiven Durstgefühlen, in starkem Schwitzen, Blässe, Unruhe-, Angst- und Erschöpfungszuständen, sowie in Schwindel und Ohnmachtsanfällen.“ (ebd.). Kopfschmerzen und Übelkeit können ebenfalls auftreten. Zusätzlich zu den bereits oben genannten vulnerablen Gruppen, die besonders hitzegefährdet sind, erhöhen geringe Fitness, Übergewicht, regelmäßiger Drogenkonsum und bestimmte Medikamente wie beispielsweise Diuretika (Entwässerungsmedikamente) das Risiko zu erkranken, beziehungsweise zu versterben (vgl. Augustin et al. 2017: 139). In Deutschland sind zwei Drittel der Männer (67%) und die Hälfte der Frauen (53%) übergewichtig – zirka ein Viertel der Erwachsenen (unabhängig von Geschlecht) sind stark übergewichtig (vgl. Robert Koch Institut a o.D.). In Deutschland wird zudem der Anteil der über 65 Jahre alten Menschen bis 2030 voraussichtlich auf 29% steigen (vgl. Robert Koch Institut b o. D.) und der Konsum von Drogen, wie beispielsweise Alkohol, liegt in den letzten 10 Jahren durchschnittlich mit stabilen 10-11 Liter reinem Alkohol pro Kopf weiterhin hoch (vgl. DHS o. D.). Des Weiteren essen die Deutschen zu viele tierische Lebensmittel, welche sie mit höherer Wahrscheinlichkeit für Herzkreislauferkrankungen anfällig werden lässt (vgl. Clifton 2011). Es würden sich noch weitere Indizien dafür finden, weshalb ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland für den Hitzestress vulnerabel ist. So verwundert es nicht, dass die Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland des Umweltbundesamtes das Risiko durch die Hitzebelastung gegenwärtig und zukünftig (ohne Anpassungsmaßnahmen) als hoch einstuft (vgl. Kahlenborn et al. 2021: 93). Anzumerken ist, dass die Hitzebelastung in den Städten besonders stark ist, da sie sich durch ihre versiegelten Flächen stärker aufheizen und die Wärme speichern, man spricht vom *Wärmeinselleffekt* (vgl. Reimer/Staud 2021: 138). Angesichts des weltweiten Trends der

Urbanisierung gewinnt der Schutz gegenüber Hitzewellen zusätzlich an Bedeutung. Da viele Klient*inn /-en der Sozialen Arbeit zu den vulnerablen Gruppen gegenüber Hitze gehören, sollten Sozialarbeiter*innen bei der Planung und Durchführung von Anpassungsmaßnahmen mitwirken. Geringes Einkommen, schlechte Wohnverhältnisse mit unzureichender Klimatisierung und vielen Personen auf wenig Wohnraum, physische und soziale Isolation sowie psychische Erkrankungen sind weitere Risikofaktoren, schwere Schäden durch Hitze zu erleiden (vgl. Eis et al. 2010: 95). Der sozioökonomische Status spielt bei der Bewältigung von Hitzewellen eine entscheidende Rolle. Sozialarbeiter*innen sollten sich dem Risiko der extremen Hitze und der Vulnerabilität ihrer Klientel bewusst sein und sich nicht nur auf die Verlangsamung, beziehungsweise den Stopp der Erderhitzung (Mitigation) konzentrieren, sondern darüber hinaus auch eigene auf ihr Zielklientel ausgerichtete Strategien zur Anpassung der menschlichen Lebenssysteme (Adaptation) vorantreiben.

Eine weitere gesundheitliche Gefährdung, die oftmals mit einer heißen Witterung auf negative Weise zusammenwirken, geht von schlechter Luftqualität aus (vgl. Augustin et al. 2017: 145). Diese ist keine direkte Folge des Klimawandels, jedoch beeinflusst dieser den Transport- und Durchmischungsprozess in der Atmosphäre, wodurch die physikalischen und chemischen Komponenten der Luft verändert, und gemeinsam mit Hitzeepisoden zu einer gefährlichen Kombination werden (vgl. ebd.) Ozon ist hier im Zusammenhang mit Luftqualität zu nennen, aber wesentlich relevanter ist Feinstaub⁴, welcher in Deutschland ein Dauerproblem darstellt. Auch hier spielen anthropogene Quellen die entscheidende Rolle. So verursacht die Verbrennung fossiler Energie in Dieselmotoren, Industrieanlagen, Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen, Heizungen und die Landwirtschaft nicht nur die Klimaerhitzung, sondern auch enorme Mengen an Feinstaub (vgl. Schad et al. 2013: 180). Durch seine geringe Größe kann Feinstaub tief in die Lunge und schließlich ins Blut gelangen, steht im Verdacht das Diabetes-Risiko zu erhöhen, Asthma zu verstärken und Allergien auszulösen (vgl. ebd.: 181). Die Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin e.V. (DGP) warnt vor der Luftverschmutzung und rief die Regierenden bereits wiederholt dazu auf, etwas gegen die Luftverschmutzung zu unternehmen, da sie den größten umweltbedingten Risikofaktor für die Gesundheit darstellt

⁴ Feinstaub sind Teilchen, die längere Zeit in der Luft schweben und nicht direkt zu Boden sinken.

(vgl. DGP 2018). Würde man sich an die Empfehlungen der World Health Organisation (WHO) halten, könnte jede*r Bewohner*in durchschnittlich sechs Monate länger Leben – die europäischen Grenzwerte für den nicht schädlichen Anteil von Feinstaub in der Luft liegt in etwa doppelt so hoch wie die gesundheitlichen Empfehlungen, bei $20\mu\text{g}/\text{m}^3$ für PM_{10} und $10\mu\text{g}/\text{m}^3$ für $\text{PM}_{2,5}$ (vgl. ebd.). Auf 600.000 verschenkte Lebensjahre brechen es die Mediziner*innen der DGP in ihrer Pressemitteilung herunter. Auch wenn die Luftverschmutzung in vielen Bereichen über die letzten Jahrzehnte abgenommen hat, bleibt Feinstaub ein stark lebenszeitverkürzender Risikofaktor. Die derzeit bestehenden Grenzwerte aus sind aus Sicht von Expert*inn/-en schlichtweg unzureichend. Durch eine Verringerung der Emissionen schwächt man nicht nur die Erderhitzung ab, sondern reduziert auch die Luftschadstoffe, die dann zumindest nicht noch zusätzlich zur Hitze das Herzkreislauf und Atemsystem belasten. Sozialarbeiter*innen sollten sich diese Synergie zunutze machen und fähig sein, in Debatten mit Entscheidungsträger*innen damit argumentieren zu können, um im Interesse ihrer Klientel die bestmögliche Gesundheitspolitik – mit einer möglichst geringen weiteren Erhitzung und Luftverschmutzung – zu ermöglichen. Klima- und Umweltschutz sind Gesundheitsschutz.

Neben den hier aufgeführten Gesundheitsrisiken durch Hitze und schlechte Luftqualität, gibt es noch eine Reihe anderer Veränderungen, die sich auf die menschliche Gesundheit auswirken. So zum Beispiel die Verlängerung der Pollensaison, welche besonders für Allergiker*innen ein Problem darstellt, oder die mögliche Häufung von Infektionserkrankungen, wie Malaria oder Denguefieber, die durch Tigermücken und anderen Schädlingen bis 2050 auch in Deutschland eine Rolle spielen könnten (vgl. Augustin et al. 2017: 141 ff.). Darüber hinaus gibt es noch weitere Mikroorganismen, diverse Pilze, Viren und Bakterien, die durch den Klimawandel begünstigt werden. Außerdem spielen Katastrophen eine Rolle, wie zum Beispiel die Flutwellen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Sommer 2021, für die es einen gut ausgebauten Katastrophenschutz und Reparaturzahlungen durch die Politik benötigt. Die Aufgabe der Sozialen Arbeit in solchen Katastrophengebieten kann darin bestehen, Menschen mit existenziellen Nöten, etwa Verlust von Besitz oder gar einem geliebten Angehörigen bei ihrer Trauerarbeit zu begleiten, ihnen durch Beratungsgespräche, Gemeinwesenarbeit und Netzwerk-, bezie-

hungsweise Sozialraumarbeit wieder zu Stabilität zu verhelfen. Die Klimakrise bringt bedrohliche psychische und soziale Auswirkungen mit sich, sowohl im Katastrophenfall, aber auch aufgrund der allgemeinen Krisensituation.

3.1.2 Psychische Auswirkungen der Klimakrise

Die psychischen Auswirkungen der Klimakrise sind vielseitig. Fakt ist, dass der Klimawandel weltweit einen negativen Einfluss auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen hat (vgl. Grantham Institute 2021: 1). Die Risiken für die psychische Gesundheit sind nicht gleichmäßig verteilt, die Staatszugehörigkeit, der sozioökonomische Status innerhalb eines Staates und der konkrete Wohnort, der durch Gruppenzugehörigkeit, wie beispielsweise Ethnie oder Klasse beeinflusst wird, sind für das Drohpotential von entscheidender Bedeutung. Außerdem besteht in der zeitlichen Dimension eine große Ungleichheit bezüglich der Betroffenheit: Während eine Vielzahl von Menschen im globalen Süden bereits heute *unmittelbar-existenziell* von Extremwetterereignissen und Naturkatastrophen betroffen sind und möglicherweise aufgrund ihres Verlustes von Eigentum oder gar eines geliebten Menschen mit Traumata zu kämpfen haben, sind in Deutschland die Schäden durch Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen oder Sturmfluten, zumindest materiell durch einen funktionsfähigen Staat stemmbar. Zwar können Extremwetterereignisse auch in Deutschland zu psychischen Erkrankungen wie Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen führen (vgl. Augustin 2018: 178), allerdings ist das Ausmaß und die Intensität der Betroffenheit geringer als in Ländern des globalen Südens. Auch wenn bei der Entstehung von psychischen Erkrankungen subjektive Wahrnehmungs- und Bewertungsmechanismen eine entscheidende Rolle spielen, ist die Wahrscheinlichkeit im Rahmen einer unmittelbar-existenziellen Bedrohung zu erkranken höher. Die Auswirkungen dieser Art der unmittelbar-existenziellen Bedrohung, werden weiter unten im Kontext von (Klima-)Konflikten und Flucht eine Rolle spielen. In Deutschland sind Menschen eher *zukünftig-existenziell* betroffen und die psychischen Auswirkungen sind in der Regel nicht pathologisch, sondern zeigen eher psychosozialen Krisencharakter. Die Merkmale einer psychosozialen Krise sind der Verlust des seelischen Gleichgewichtes aufgrund der Konfrontation mit einem Ereignis (in diesem Fall die Klimakrise, oder damit verbundene einschneidendes Ereignis), welches

aktuell nicht bewältigbar ist und daher überfordert (vgl. Sonneck et al. 2016: 15). Psychosoziale Krisen sind schwierige Lagen, sie wirken bedrohlich, da sie meist unüberwindbar erscheinen. Wichtig ist aber auch zu betonen, dass sie immer einen Wendepunkt darstellen, bei dem der Ausgang offen ist – sie sind Chance und Risiko zugleich (vgl. Stein 2020: 22 ff.). Durch die Vergegenwärtigung der zukünftigen lebensschneidenden Folgen der Erderhitzung, birgt die Klimakrise für die Individuen selbst psychosoziales Krisenpotential. Sie kann sich in *Klimaangst* äußern, ein bisher eher unscharfer Begriff, von der besonders junge und gut informierte Menschen betroffen sind (vgl. Krüger 2020). Klimaangst wird von der American Psychological Association als „a chronic fear for environmental doom“ (Dodds 2021: 1) definiert. Ihre Folgen erstrecken sich über leichte Stressgefühle bis hin zu schwerwiegenden Erkrankungen wie Depressionen, Angststörungen, Posttraumatische Belastungsstörungen und Suizid, mit möglichen Folgen von schädlichen Bewältigungsformen in Form von Gewalt in der Partnerschaft oder Substanzmissbrauch (vgl. ebd.). Es ist wichtig, zwischen pathologischen und nicht-pathologischen Formen zu unterscheiden, denn Ängste vor realen Bedrohungen wie den Auswirkungen der Klimakrise haben noch keinen pathologischen Wert. Nach den Psychologists/Psychotherapists For Future zeichnet sich Klimaangst durch die „Sorge um die eigene und die Existenz der anderen in einer sich veränderten Welt (*kognitive Ebene*) sowie [...] die Furcht vor den konkreten Folgen der Klimakrise (*emotionale Ebene*)“ (Psychologists for Future o. D.) aus. Demnach stellt Klimaangst im Gegensatz zur Klimawandelleugnung und -verharmlosung eine gesunde Reaktion auf die bevorstehenden Herausforderungen dar, da sie die bevorstehende Krise ernstnimmt und bestenfalls motiviert selbst aktiv zu werden. Sie kann einen Wendepunkt einleiten, negative Gefühle wie Angst, Schuld und Wut, welche die Betroffenen empfinden, können in Engagement zur Bekämpfung der Klimakrise münden und so realistische Möglichkeiten für einen positiven sozialen Wandel bewirken (vgl. Dodds 2021: 2 f.). Klimaangst kann als psychosoziale Krise verstanden werden, als Verlust des seelischen Gleichgewichts in Anbetracht der Herausforderungen der Klimakrise. Sozialarbeiter*innen sind aufgerufen die produktive Kraft der Klimaangst zu erkennen und betroffene Menschen dahingehend zu unterstützen, die negativen Gefühle konstruktiv und produktiv umzuwandeln. Dies ist unbedingt notwendig, um einen sozialen Wandel fortzuführen und Konflikte zu entschärfen, beziehungsweise gar nicht erst entstehen zu lassen.

3.2 (Klima-)konflikte und die Chance einer Renaissance der sozialen Frage

Dass die Erderhitzung eine Gefahr für die Gesundheit der Menschen dargestellt, wurde im vorherigen Kapitel ausführlich erläutert. Neben diesen direkten Auswirkungen auf die Gesundheit des Individuums bergen die Klimakrise und die verursachenden Lebensweisen auch ein enormes gesellschaftliches Konfliktpotential. Die imperialistische Lebensweise, welche eng mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise verbunden ist, kann wie oben erläutert, nicht für alle Menschen funktionieren. Sie beruht auf sozialer Ungleichheit und ist somit nicht universalisierbar – sie funktioniert nur, wenn ökonomische Macht an einer Stelle akkumuliert und an anderer Stelle ausgeübt wird (vgl. Welzer 2008: 14). Diese Machtausübung kann dann konkret so aussehen, dass Coca-Cola tiefe Brunnen baut, um das Grundwasser abzupumpen und seine Getränkeproduktion zu fördern (vgl. Ahrend 2020). Kommen nun noch längere Hitzeperioden mit Dürre dazu, führt dies zu einer Verknappung der Wasserressourcen und der Kampf um Wasser beginnt. Es gibt eine Vielzahl von Konflikten, die durch die Klimakrise und deren Treiber verursacht, beziehungsweise verschärft werden. In den folgenden Abschnitten wird das Konfliktpotential von Extremwetter unter die Lupe genommen, sowie deren Auswirkungen auf Flucht und Migration. Hierbei ist eine globale Betrachtung unerlässlich, da viele Menschen im globalen Süden bereits zum gegebenen Zeitpunkt unmittelbar-existenziell betroffen sind und ihre Heimat verlassen müssen. Dies hat wiederum Auswirkungen auf Deutschland und die Soziale Arbeit hierzulande.

3.2.1 Extremwetter und dessen soziales Konfliktpotential

Wie bereits beschrieben, lassen sich die immer häufiger auftretenden Extremwetterereignisse dank moderner Attributionsforschung ganz klar dem Klimawandel zuzuordnen (vgl. Kaiser 2019). Hitzewellen, Fluten und Stürme führen zu einer lebenserschwerenden Umwelt und können neben schädlichen Gesundheitswirkungen enorme wirtschaftliche Einbußen bedeuten. Seit dem Jahr 2000 sind dadurch zirka 2,1 Billionen Euro Schäden entstanden, Deutschland befindet sich hierbei unter den Top 20 am meisten betroffenen Staaten (vgl. „Extremwetter durch Klimawandel“ 2021). Allein die Schäden der Flutkatastrophe im Sommer 2021 sorgten bundesweit für Kosten zwischen 20 und 30 Milliarden Euro (vgl. „13 Milliarden für NRW-Wiederaufbau“ 2021). Im Hitzejahr 2018 gab es aufgrund

der Hitzewelle mehr als 1.000 Todesfälle und rund 8.000 Landwirte benötigten 1 Milliarde Euro, um die Dürre und damit einhergehenden Ernteaufschläge abzumildern. Insgesamt betrug der Schaden durch Ernteaufschläge drei Milliarden Euro (vgl. Germanwatch 2020: 3). Auch für private Haushalte können umfangreiche Schäden durch Extremwetter entstehen. In welcher Intensität Menschen betroffen sind, hängt wieder davon ab, welcher Gruppe sie angehören. Je nach Ausstattung mit ökonomischem und sozialem Kapital sowie Wissen, können sie unterschiedlich auf Extremwetterereignisse reagieren und so das Ausmaß der Konsequenzen zumindest teilweise beeinflussen (vgl. Schad et al. 2013: 165). Nicht nur die Ursache der Erderhitzung beruht auf dem sozialen Problem der extremen Ungleichheit, auch die Bewältigung dieser ist stark vom finanziellen Budget abhängig. Die Klimakrise trifft nicht alle Menschen gleich, sondern ganz besonders arme Menschen. Die Vermögensverteilung ist auch in Deutschland sehr ungleich – während die unteren 50% der Deutschen 1,3% des Nettovermögens in Deutschland besitzen, gehört den reichsten 10% ganze 56% des Nettovermögens und dem reichsten 1% schätzungsweise 18% (vgl. Grabka/Halbmeier 2019). Neben den dadurch entstehenden, sehr ungleichen Bewältigungsmöglichkeiten von Schäden durch Extremwetterereignisse hat der Klimawandel das Potential die ohnehin sehr ungleiche Vermögensverteilung weiter zu verschärfen. Menschen mit geringem sozioökonomischem Status wohnen in der Regel in eher schlecht isolierten Gebäuden, die oftmals bauliche Mängel aufweisen. Das macht sie anfälliger für Schäden durch Extremwetter, wie Hitze oder Überflutungen durch gehäuft auftretenden Starkregen, die wiederum materielle Kosten verursachen. Menschen mit geringem Vermögen werden dadurch höher belastet und die soziale Ungleichheit verschärft sich. Auch wenn Vermögensschäden ausbleiben, weil sich die Immobilie beispielsweise nicht im eigenen Besitz befindet, sind Menschen mit geringem sozioökonomischem Status benachteiligt. So werden unattraktive, schlecht klimatisierte Wohnräume eher an ärmere Menschen vermietet (vgl. Schad et al. 2013: 169). In Studien aus den USA konnte nachgewiesen werden, dass vor allem arme Menschen sowie ethnische Minderheiten in von Hitze belasteten Wohnvierteln leben und über geringere materielle und soziale Ressourcen verfügten, um die Hitze zu bewältigen (vgl. ebd.: 166). Segregation⁵

⁵ Unter Segregation versteht man die räumliche Konzentration von Bevölkerungsgruppen in bestimmten städtischen Teilgebieten (vgl. Farwick 2012: 381 f.).

spielt auch in Deutschland eine entscheidende Rolle für das Konfliktpotential von Extremwetter. In einer wissenschaftlichen Studie des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung von 2018 kommen die Autor*inn/-en zum Ergebnis, dass die Segregation von ärmeren Bevölkerungsschichten in den deutschen Städten von 1990-2014 zunahm (vgl. Helbig/Jähne 2018: 1). Ebenfalls ist eine demographische und ethnische Segregation zu beobachten, in den ärmsten Stadtteilen wohnen häufig die meisten Migrant*inn/-en und die meisten Familien mit Kindern (vgl. ebd.: 14). Sozialbenachteiligte Deutsche (beispielsweise SGB II-Empfänger*innen) und Migrant*inn/-en konzentrieren sich in unattraktiven Wohnlagen (vgl. Farwick 2012: 410). Unattraktive Wohnlagen in Städten sind meist durch höhere Umweltbelastungen, zum Beispiel vom Straßenverkehr gekennzeichnet und weisen einen erschwerten Zugang zu Grünräumen auf (vgl. Umweltbundesamt c 2021). In der Fachliteratur spricht man von den Kriterien *Umwelt- und Aufenthaltsqualität*. Wenn eine Basis aus hoher Umweltqualität nicht gegeben ist, etwa saubere Luft, angenehm klimatisierte Räumlichkeiten, sauberes Wasser et cetera, dann besteht die Gefahr, dass Menschen unzufrieden, unmotiviert und krank werden. Die Aufenthaltsqualität umfasst Grünanlagen, eine geringe Lärmbelastung, kurz gesagt einen „schönen“ Ort, der entwicklungsförderlich ist. Es ist gesichert, dass Einkommen Einfluss auf die Wohnqualität, Gesundheit und Lebensqualität hat (vgl. Reimer/Staud 2021: 15). Menschen, die durch ihren geringen sozioökonomischen Status und der damit einhergehenden nachteiligen Wohnlage mit geringerer Umwelt- und Aufenthaltsqualität sowieso schon benachteiligt sind, haben es durch Extremwetter wie beispielsweise Hitze nochmals schwerer, sich aus ihrer Lage zu befreien. Denn eine geringe Umweltqualität durch hohe Umweltbelastungen wie schlechte Luftqualität, beengtem und unzureichend klimatisiertem Wohnraum, einer großen Entfernung zur nächsten Grünfläche, zusammen mit abzusehenden weiteren Extremwetterereignissen wie Hitze (von denen wie beschrieben besonders Städte betroffen sind) sind Faktoren, die das Lernen, die dafür notwendige Motivation und den damit zusammenhängenden Bildungsaufstieg und letztendlich besseren Chancen auf dem Arbeitsmarkt deutlich erschweren. Der Klimawandel wirkt durch das gehäufte Auftreten von Extremwetterereignissen und einer damit verbundenen verringerten Umweltqualität auf bereits bestehende gesellschaftliche Verteilungskonflikte rund um Wohlstand, sowie Bildungs-, Arbeits-, Gesundheits- und somit gesellschaftlichen Aufstiegschancen ein. Sozialarbeiter*innen müssen die Auswirkungen der Erderhitzung auf

die sozialen Aufstiegschancen erkennen und politisch darauf hinwirken, Ausgleichsmaßnahmen zu etablieren, um Chancenungleichheit zu verringern.

Neben den aufgeführten sozialen Konflikten, welche durch die Klimakrise befeuert werden, werden auch Ressourcenkonflikte ganz existenzieller Art vorangetrieben. So soll zum Abschluss dieses Unterkapitels noch die Ressource in Blick genommen werden, welche die Grundlage menschlichen Lebens darstellt, nämlich Wasser. Zwar ist Wasser in Deutschland in den meisten Regionen derzeit nicht knapp und der private Wasserverbrauch ging über die letzten Jahrzehnte deutlich zurück (vgl. Umweltbundesamt d 2021), doch die Gewissheit, dass in Zukunft Wasser für alle da ist, gibt es durch den Klimawandel nicht mehr (vgl. Reimer/Staud: 104). In den Jahren 2018-2020 gab es in Deutschland an drei aufeinanderfolgenden Jahren schwere bis extreme Dürre (vgl. Marx 2021). Laut dem World Resources Institute sind große Teile Deutschlands von Wasserstress⁶ bedroht (vgl. Hofste et al. 2019). Insgesamt stuft das Institut Deutschland im mittleren bis hohen Risikobereich ein, zusammen mit Ländern wie Australien, China oder Mazedonien (vgl. ebd.). Trockenheit und Dürre durch langanhaltende Hitze erhöhen das Waldbrandrisiko, lassen Äcker vertrocknen und machen so beispielsweise eine großflächigere Bewässerung der Landwirtschaft notwendig, was die Wasservorkommnisse nochmals knapper werden lässt (vgl. Umweltbundesamt d 2021). Auch für die Dürre ist Extremwetter ausschlaggebend. So nimmt ein von Hitzewellen ausgedörrter Boden nur sehr oberflächlich Wasser auf, egal wie viel es regnet und verhindert so Grundwasserneubildung (vgl. Reimer/Staud 2021: 101-105). Außerdem erhöhen längere Hitzewellen logischerweise den Wasserverbrauch.

Zur Wasserknappheitsproblematik kommt hinzu, dass die Deutschen Gewässer in keinem guten Zustand sind. Die Grundwasserqualität Deutschlands ist europaweit mit am schlechtesten. Deutschland verstößt seit langem gegen die in der EU-Nitratrichtlinie vorgeschriebenen Grenzwert von 50mg/l – in einigen Bundesländern weisen über 30% des Grundwassers gar mehr als 75mg/l auf (vgl. Europäische Kommission c 2019). Dieser

⁶ Eine Dauerhafte Wasserentnahme über 20% des verfügbaren Wassers nennt man Wasserstress (vgl. „Droht in Deutschland künftig Wassermangel?“ 2021).

Umstand könnte mit einer zukünftigen Verknappung einen Verwendungskonflikt um sauberes Wasser entfachen. Das Umweltministerium veröffentlichte hierzu kurz vor Ende der Legislaturperiode die „Nationale Wasserstrategie“. Sie beinhaltet unter anderem sinnvolle Maßnahmen, wie Flächenentsiegelung, eine bessere Nutzung von Regenwasser und eine gründlichere Überprüfung des Wassers auf Krankenhauskeime (vgl. Kern 2021). Entscheidende agrarpolitische Maßnahmen zur Reduktion von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln sind allerdings nicht enthalten. Ebenfalls fehlt die Abstimmung mit anderen Ressorts und den Ländern. Verteilungskonflikte um die knapper werdende Ressource Wasser wird zukünftig den Handlungsdruck erhöhen und weitere politische Entscheidungen erfordern. Sozialarbeiter*innen sollten auch für den Verteilungskonflikt um Grundwasser sensibilisiert sein und die Priorisierung von Wasser für den alltäglichen Bedarf ihrer Klient*innen/-en, vor beispielsweise der Industrie, sicherstellen.

3.2.2 (Klima-)Flucht und Migration nach Deutschland

Der Politologe Prag Khanna prognostiziert in seinem Buch *Move – Das Zeitalter der Migration* in diesem Jahrhundert eine dauerwährende Migrationsbewegung, die vom „(...) komplexe[n] Wechselspiel zwischen demographischen Ungleichgewichten, politischen Unruhen, ökonomischer Verdrängung, technologischen Störungen und dem Klimawandel (...)“ (Khanna 2021: 54) angetrieben wird. Bereits heute sind viele Menschen aus den identifizierten Gründen am Emigrieren, oder gar auf der Flucht. Der Klimawandel wirkt hierbei als Multiplikator, der gemeinsam mit bereits bestehenden Expositionen und Vulnerabilitäten zum Risiko wird, existenzielle Not zu erfahren und die eigene Heimat verlassen zu müssen (vgl. World Disasters Report 2020: 27).

In vielen Regionen der Erde sinken die landwirtschaftlichen Erträge aufgrund von Desertifikation, Überschwemmungen und Naturkatastrophen, wie beispielsweise Hurrikans, zerstören die einfach gebauten Häuser im globalen Süden. Im Jahr 2020 verloren 30,7 Millionen Menschen ihr Haus aufgrund von Naturkatastrophen deren Aufkommen der Klimawandel in Häufigkeit und Intensität begünstigt (vgl. Statista Research Department 2021). Länder werden nach Möglichkeit notwendige Anpassungsmaßnahmen gegen Ernteausfälle ergreifen, beispielsweise durch intensivere Anbaumethoden, Züchtungen und verstärkten Importen. Gelingt dies nicht, haben andauernde Lebensmittelengpässe das

Potential für gewalttätige Konflikte (vgl. Welzer 2008: 102). So geschehen im Osten des Sudans, in Darfur, der vom genannten Sozialpsychologen als erster Klimakrieg aufgeführt wird. Dort begünstigte eine langanhaltende Dürre, gepaart mit einer umfassenden Bodenerosion und die damit einhergehenden Lebensmittelengpässen, einen Krieg zwischen den nomadisch lebenden arabischen Stämmen und den bäuerlich-sesshaften Afrikanern, die ihre Lebensmittel verteidigten (vgl. ebd.: 94-99). Gewiss spielten bei der Entstehung des Krieges auch ethnische und religiöse Konflikte eine Rolle, unbestreitbar bleibt aber, dass der Klimawandel entscheidend zur Eskalation beigetragen hat. Im Gegensatz zu Kriegsflüchtlingen haben Umwelt- und Klimaflüchtlinge noch keinen Anspruch auf Asyl, es existiert keine allgemein rechtsgültige Definition (vgl. Nümann 2019). Die *International Organization for Migration* (IOM) legte bereits 2007 einen Arbeitsbegriff des Umwelt- und Klimamigration vor, der zur Entwicklung eines rechtsgültigen Begriffs der Umwelt- und Klimaflucht nützlich ist:

„Environment migrants are persons or groups of persons who, for compelling reasons of sudden or progressive changes in the environment that adversely affect their lives or living conditions, are obliged to leave their habitual homes, or choose to do so, either temporarily or permanently, and who move either within their country or abroad.” (vgl. IOM 2020)

Kritiker*innen des Begriffs führen an, dass die Definition unbrauchbar sei, da viele Motivlagen für die Flucht ausschlaggebend wären, die Umwelt- bzw. Klimaveränderungen allein nur schwer als Hauptgrund auszumachen sind und er deshalb grundsätzlich abzulehnen sei (vgl. Aufenvenne et al. o. D.: 28). Die fundamentale Ablehnung des Begriffs aufgrund seiner Ungenauigkeit scheint aus einer politischen Abwehrhaltung gegenüber Flüchtlingen motiviert zu sein. Zwar ist es korrekt, dass vielschichtige Motivationslagen zum Entschluss führen die Heimat zu verlassen und dass der Klimawandel häufig indirekt auf bereits bestehende Konflikte wirkt, summa summarum oftmals nicht die alleinige Fluchtursache darstellt. Deshalb eine Definition grundlegend abzulehnen und somit eine Aufnahme der klimabedingten Fluchtursachen in der Definition der Genfer Flüchtlingskonvention zu verzögern, wird aber der gegenwärtigen Gesamtsituation der Betroffenen nicht gerecht. Klimatische Veränderungen werden heute detailliert erfasst, lebenswidrige Umweltbedingungen können definiert werden und in Asylverfahren zukünftig Beachtung finden. Dies erscheint angesichts der steigenden Anzahl von Flüchtlingen als unbedingt angebracht. Bis 2050 geht die Weltbank von 140 Millionen Klimaflüchtlingen aus (vgl.

„140 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2050“ 2018). Die Zahl der prognostizierten Klimaflüchtlinge schwankt je nach Art der Berechnung und Datenlage zwischen 140, 180 und 200 Millionen Menschen bis 2050. Christiane Fröhlich macht im Fachjournal der Welthungerhilfe richtigerweise darauf aufmerksam, dass viele Menschen aufgrund ihrer Armut gar nicht in der Lage sind zu fliehen, dass marginalisierte Gruppen in schwachen Staaten in einer Falle sitzen, da sie nicht fortkommen und daher der „Migrationsdruck“ in andere Länder nicht so hoch ausfallen könnte, wie oftmals erwartet, beziehungsweise sie in den Binnenraum emigrieren (vgl. Fröhlich 2021). Auch wenn genaue Prognosen schwierig sind und Menschen, die nicht vor lebenswidrigen Umweltbedingungen fliehen können, auf keinen Fall vergessen werden sollten, ist eines klar: Die Klimakrise wird sehr viele Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen und es besteht die Notwendigkeit eine rechtliche Grundlage für klimabedingte Flucht und auch Migration zu schaffen, unabhängig von der Bezeichnung. Doch dazu fehlt nach wie vor der politische Wille. Die amtierende Bundesregierung sieht im Gegensatz zum UN-Menschenrechtsausschuss keinen ausreichenden Zusammenhang und möchte deshalb Menschen aufgrund von Klimawandelfolgen kein Asyl gewähren (vgl. „Klimaflüchtlinge gibt es nicht, stellt die Bundesregierung klar“ 2020). Diese Positionierung ist wenig verwunderlich, so ist der Kurs der Bundesregierung und der EU auf Restriktion des Asylrechts und Flüchtlingsabwehr aus. Deutschland und die Länder der Europäischen Union setzen auf die Europäische Grenzschutzorganisation Frontex, welche Flüchtlingsboote sichtet und dann oftmals an die „libysche Küstenwache“ übergibt, die sie in Lager nach Libyen bringen (vgl. Laghai et al. 2021). Über diese Lager gibt es viele Berichte von kontinuierlichen Menschenrechtsverletzungen. Berichte von Amnesty International zufolge werden dort Menschen geschlagen, vergewaltigt, erpresst, sexualisierter Gewalt ausgesetzt, zu Arbeit gezwungen und systematisch gefoltert (vgl. Amnesty International 2021). Nicht nur in Libyen nehmen Deutschland und die Europäische Union Menschenrechtsverletzungen hin. Es gibt weitere Beispiele, welche die Europäische Flüchtlingspolitik in höchst fragwürdigem Licht erscheinen lassen. Da wäre beispielsweise die Kriminalisierung von Nichtregierungsorganisationen, wie der Seenotrettungsorganisation Sea-Watch, die in Seenot geratene Flüchtlingsboote evakuiert, die Flüchtlinge notversorgt und zum nächstgelegenen europäischen Hafen bringt (vgl. ECCHR o. D.). Oder die Finanzierung von Transitzen-

tren und Milizen im Niger, die zur frühzeitigen Abwehr von Flüchtlingen dient und Menschen zu tödlichen Fluchtversuchen durch die Sahara drängt (vgl. Laghai 2018). Diese menschenfeindliche Politik ist unter anderem ein Erfolg der erstarkten rechtsnationalen Parteien und Bewegungen, die es durch die AfD als größte Oppositionspartei im Bundestag geschafft haben, an politischem Einfluss zu gewinnen. Die AfD fällt durch absurde Argumentationsketten auf, wie zuletzt bei der Bundestagsdebatte zum Armuts- und Reichtumsbericht, bei der die Partei unter anderem Migrant*inn /-en und Ausländer*innen für die steigende Armut in Deutschland verantwortlich machte (vgl. Phönix 2021). Auch wenn Möglichkeiten der Migration und vor allem die Inanspruchnahme von Asyl unabhängig vom volkswirtschaftlichen Nutzen, der zu uns nach Deutschland kommenden Menschen erfolgen sollte, kann man, angesichts des demographischen Wandel und den daraus resultierenden fehlenden Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt, ohne weiteres auch neben der Moral mit ökonomischen Fakten argumentieren. Einwanderungsländer wie Deutschland profitieren von Migration und Geflüchteten. Länder, die ihre Einwohner verlieren und aufgrund von mangelnder Geburtenrate oder mangelnder Einwanderung schrumpfen, werden ökonomischen Verlust erleiden und unattraktiv werden (vgl. Khanna 2021: 35-44). Empirische Studien weisen mehrheitlich daraufhin, dass Zuwanderung einen positiven Effekt auf Sozialversicherungssysteme und den Arbeitsmarkt hat (vgl. Kohlmeier/Schimany 2005: 25-32). Migrant*inn /-en nehmen in der Regel einheimischen Deutschen nicht die Arbeitsplätze weg – wenn Arbeitnehmer*innen einwandern, kurbeln sie die Wirtschaft an und erhöhen allgemein die Nachfrage nach Arbeitskräften (vgl. Khanna 2021: 411). Arbeitsagentur-Chef Detlef Scheele forderte in einem kürzlich erschienenen Interview der Süddeutschen Zeitung 400.000 Einwander*innen /-er pro Jahr, um den Wohlstand angesichts der demographischen Lage in Deutschland zu halten (vgl. Hagelüken 2021).

Sozialarbeiter*innen sollten sich über die angesprochenen Aspekte im Klaren sein und irrationalen Argumenten, die von einer national-kulturessentialistischen⁷ Weltanschauung getrieben sind, entgegentreten. Sie sollten alles ihnen Mögliche nutzen, um den be-

⁷ Kulturessentialismus meint nach Andreas Reckwitz das Kulturverständnis, dass eine Gemeinschaft eine kollektive Identität hat und strikte Grenzen zu anderen Gruppen aufrechterhalten werden sollten (vgl. Reckwitz 2020: 42 f.).

nachteiligten Menschen im globalen Süden, die im hohen Maße existenziell von der Klimakrise betroffen sind, auch ein sicheres Leben mit Zukunftsaussichten zu ermöglichen und sich dafür einsetzen, dass nationale Grenzen durchlässiger werden. Ansatzpunkte für die Profession wären der Einsatz für eine rechtsgültige Definition der Klima- beziehungsweise Umweltflucht und die Weiterentwicklung von Integrationskonzepten. Als weitere Strategie zur Reduzierung von Leid durch die Erderhitzung, sollten die Menschenrechtsverletzungen der Europäischen Union und Deutschland durch die Institutionen der Sozialen Arbeit weiterhin angeprangert werden. Dies sind gewiss politische Forderungen, die aus einer stark normativen Perspektive abgeleitet sind. Diese sind angesichts der neuen Gegebenheiten existenzieller Bedrohung und Anforderungen des Klimawandels notwendig und lassen sich aus dem professionellen Mandat Sozialer Arbeit ableiten, wie sich in Kapitel 4.3 zeigen wird. In der Debatte über die ökonomischen Auswirkungen von Zuwanderung sollten die langfristig positiven Auswirkungen von Migration nach Deutschland den Kosten der Integration entgegengestellt werden, um das verzerrte Bild in der Öffentlichkeit, welches von einseitigen Kosten, Altruismus und Arbeitsplatzkonkurrenz dominiert ist, richtigzustellen. Migration ist angesichts der Erderhitzung eine Art Schicksal. So schreibt Khanna diesbezüglich „Welches Land auch immer seine widersprüchliche Einwanderungspolitik als Erstes klärt, wird die Jagd nach der nächsten Generation an Talenten für sich entscheiden.“ (Khanna 2021: 80).

4. Die Ausrichtung der Sozialen Arbeit zur Förderung von Klimaresilienz

Nachdem die vielfältigen Auswirkungen der Erderhitzung ausführlich dargestellt wurden, soll sich das folgende Kapitel der Frage widmen, welche Ziele die Soziale Arbeit einnehmen sollte, um die skizzierten gesellschaftlichen Auswirkungen und Gefahren abzuwenden, beziehungsweise abzumildern und Klimaresilienz in der Gesellschaft zu fördern. Dazu wird zunächst der Begriff der Klimaresilienz erläutert und anschließend Überlegungen angestellt, wie eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung zu mehr Klimaresilienz aussehen könnte. Der wirtschaftliche Diskurs um Postwachstum und *das gute Leben für alle* soll hierbei im Zentrum stehen, bevor dann auf das politische Mandat der Sozialen

Arbeit eingegangen wird. Abschließend soll exemplarisch die politikökonomische Ausrichtung Sozialer Arbeit skizziert werden, um den Prozess der Politisierung auch über die klassischen Arbeitsfelder der Sozialen Arbeit hinaus anzuregen.

4.1 Der Begriff der Klimaresilienz

Im Buch *Losing Earth* schreibt Nathaniel Rich darüber, wie die Klimakrise hätte verhindert werden können. Seit den 1980er Jahren sind die entscheidenden wissenschaftlichen Daten und die zumindest groben Klimawandelfolgen bekannt. Trotzdem steigen die jährlichen Treibhausgasemissionen nach wie vor an, sie verdoppelten sich nahezu seit dem Bekanntwerden des Klimawandels und seiner Folgen im Jahre 1980 (vgl. Statista Research Department b 2020). Aus der Klimaforschung wissen wir zudem, dass die emittierten Treibhausgase erst mit zirka 30 Jahren Verspätung spürbare Auswirkungen auf das Klima haben. Das heißt, die Folgen der Klimakrise werden sich verschärfen und auch bei Erreichung von Klimaneutralität noch Jahrzehnte lang andauern, sodass Technologien zur Minderung der CO₂-Konzentration auch dann noch notwendig werden könnten (vgl. IPCC 2018: 9). Überschwemmungen wie aktuell in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, der jüngste Tornado in Tschechien und andauernde Hitzewellen sind erst der Anfang, wir werden uns auch in Deutschland über längere Zeit gegenüber solchen Phänomenen anpassen müssen. Der nähere Entwicklungspfad der Erderhitzung ist bereits determiniert, lässt sich nicht mehr zurückdrehen. Was nicht heißt, dass die Bemühungen zur Reduktion der Treibhausgase und die Verhinderung von weiterer Umweltzerstörung sinnlos seien – ganz im Gegenteil, sie sind entscheidend, das Ausmaß der Folgen der Erderhitzung so weit wie möglich zu reduzieren. Trotzdem ist das Anerkennen des bisher Geschehenen, also die Realisierung, dass wir bereits tief in der Krise stecken, unabdingbar, um angemessen auf gegenwärtige und zukünftige Problemlagen reagieren zu können und damit verbundene soziale Verwerfungen abzumildern beziehungsweise in der Zukunft zu verhindern. „Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen?“ fragt diesbezüglich auch Jonathan Franzen in seinem Essay und plädiert dafür im Klima-Diskurs den Fokus von den reinen Treibhausgasemissionen zu verschieben und alles was zu einer gerechteren und zivileren Gesellschaft beiträgt als „Klimaaktion“ zu betrachten, da dadurch eine widerstandsfähigere und krisensichere Gesellschaft geschaffen wird (vgl. Franzen 2020:

35). Diesem Paradigma folgt auch das Konzept der Klimaresilienz, welche die Universität Augsburg wie folgt definiert:

Klimaresilienz ist die Reduzierung von Verwundbarkeiten und die Stärkung der Widerstands- und Anpassungsfähigkeit gegenüber den Folgen des Klimawandels. Klimaresilienz muss dabei eine Spannbreite umfassen, die von Ökosystemen und menschlicher Gesundheit über Gesellschaft und Wirtschaft bis hin zu Politik und Rechtsprechung reicht. Klimaresilienz erfordert eine umfassende Transformation (vgl. Zentrum für Klimaresilienz 2021).

Der Begriff Resilienz wurde seit den 2000er Jahren vor allem in der Psychologie verwendet und erfährt seit gewisser Zeit auch in anderen Wissenschaftsdisziplinen und der Politik Konjunktur. Andreas Reckwitz weist richtigerweise drauf hin, dass die Dominanz des Resilienzbegriffs in der gesellschaftswissenschaftlichen und politischen Debatte eine Umkehr der Perspektive bedeutet – von der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dominierten Sichtweise der positiven Psychologie, die vor allem an die Möglichkeiten von Selbstverwirklichung und Wohlstand für alle geprägt war, hin zu einer *Risikogesellschaft*, die sich permanent selbst gefährdet und verstärkt defensiv darauf reagiert (vgl. Reckwitz 2021). Resilienz birgt nach Reckwitz die Gefahr, zu sehr auf die Risiken fokussiert zu sein und dadurch die Gestaltungsmöglichkeiten zu vernachlässigen, sodass Politik letztendlich reaktiv nur auf Krisen reagiert ohne langfristigen Plan, was in der politischen Praxis meist als „auf Sicht fahren“ beschrieben wird. Reckwitz plädiert für eine kluge Politik der Resilienz, stellt aber zur Reflektion die Frage, ob man sich wirklich an die Störung (zum Beispiel dem Klimawandel) von außen anpassen müsse, oder ob man die Verhältnisse gleich so umgestalten könne, damit die Störung gar nicht eintritt (vgl. ebd.). Die Politik sollte nicht nur die Risiken und der damit verbundenen Widerstands- und Anpassungsfähigkeit eine hohe Priorität einräumen, sondern langfristig gestalten, damit neue Krisen gar nicht erst entstehen. Bei einer klugen Klimapolitik fällt glücklicherweise die Förderung von Resilienz und die der positiven Gestaltung, mit einem grundlegenden Umbau der Verhältnisse zusammen. So ergeben sich eine Vielzahl von Synergien: Der Umstieg vom Auto hin zum Rad oder den Öffentlichen Verkehrsmitteln aktiviert unsere Herz-Kreislaufsysteme, reduziert Treibhausgasemissionen und sorgt für höhere Luftqualität, was Menschen fitter und gesünder werden lässt und die Resilienz gegenüber Extremwetter, wie beispielsweise Hitzestress, erhöht (vgl. Augustin et al. 2017: 146). Gleichzeitig ergeben sich neue Gestaltungsmöglichkeiten zur Raumnutzung, da die vielen ungenutzten Autos nicht mehr so viel Platz versperren. Die pflanzenbasierte *Planetary*

*Health Diet*⁸ schont nicht nur unseren Planeten und trägt zur Entschärfung der Klimakrise bei, sondern sie lässt uns nachweislich gesünder werden (vgl. Fresán/Sabaté 2019). Sie eröffnet zudem neue Erfahrungswelten, ein positives Körpergefühl, besseren Sex durch eine gesteigerte Durchblutung und unter Umständen entdeckt der oder die andere Empathie gegenüber nichtmenschlichen Tieren, da er oder sie die tödlichen Auswirkungen seiner Ernährung nichtmehr verdrängen muss. Eines ist sicher, sie lässt uns widerstandsfähiger gegenüber Gesundheitsrisiken werden. Eine dezentralisierte und gut vernetzte Energieversorgung durch Windkraft und Solarpanels verursacht bei der Energiegewinnung nicht nur null Emissionen, sondern sorgt dafür, dass unsere Stromversorgung resilienter gegenüber Umweltkatastrophen wird und schafft Unabhängigkeit von Preisschwankungen fossiler Energieträger (vgl. Lutz et al. 2018: 25 f.). Das Nachdenken über eine klimaresiliente Gesellschaft eröffnet eine Menge Gestaltungsmöglichkeiten. Auch der Internationale Weltklimarat sieht die Umsetzung klimaresilienter Pfade zur Verwirklichung von nachhaltiger Entwicklung als geboten, um das 1,5°C-Klimaziel zu erreichen. Soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung nennen sie im Sonderbericht 1,5°C als Kernelemente zur Entwicklung von Klimaresilienz, die je nach Entwicklungskontext und systematischer Verwundbarkeiten nach Region und Nation unterschieden werden müssen (vgl. IPCC 2018: 26). Sowie die Klimakrise die natürlichen und anthroposophischen Systeme in voller Spannbreite betrifft, benötigt es eine breite Anpassung und Widerstandsfähigkeit im Umgang mit den Folgen und der Vermeidung neuer Krisen. Die Förderung von Klimaresilienz ist ein aktives Projekt, das nur so von Gestaltungsmöglichkeiten protzt. Dies kann nicht eine einzige Wissenschaftsdisziplin leisten, sondern dazu benötigt es ein Team aus allen relevanten Disziplinen, wie den Natur- und Humanwissenschaften, den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowie Philosophie- Kultur-, Geschichts- und Rechtswissenschaften und vielen mehr. Und natürlich die demokratische Beteiligung der Bürger*innen, um diese Wege zur Klimaresilienz einzuschlagen. Die Profession der Sozialen Arbeit hat dabei die Sonderstellung, da sie sich auf viele Wissenschaftsdisziplinen bezieht und selbst eine sehr handlungsorientierte Wissenschaft ist. Sie sollte zur Politisierung und

⁸ Die Planetary Health Diet ist eine von der wissenschaftlichen EAT-Lancet-Kommission entworfene ideale Ernährungsdiät, die soziale, ökologische und ökonomische Aspekte berücksichtigt. Sie ist die Antwort auf die Frage, wie 10 Milliarden Menschen sich fair und gesund innerhalb der ökologischen Belastungsgrenzen ernähren können. Mit ihr könnten weltweit jährlich 11 Millionen vorzeitige Todesfälle durch ernährungsbedingte Krankheiten verhindert, sowie Hunger bekämpft werden (vgl. DGE o. D.).

Meinungsbildung ihres Klientel beitragen, ihnen Politik und die Transformation hin zu einer klimaresilienteren Gesellschaft als etwas lebensweltnahes begreiflich machen, so dass noch mehr Menschen Lust bekommen am demokratischen Prozess zu partizipieren. Lust am demokratischen Prozess zu partizipieren entsteht dann, wenn Alternativen in kollektive Narrative eingebettet werden, die Affekte erzeugen und so Leidenschaft befördern, für diese demokratisch zu streiten (vgl. Mouffe 2020: 92 f.). Für eine klimaresiliente Gesellschaft benötigt es alternative Wirtschafts- und Lebensweisen die Attraktivität ausstrahlen und Leidenschaft mobilisieren. Die Wirtschafts- und Lebensweisen stellen die Basis dar, man könnte sagen das „Betriebssystem“, um die Erderhitzung nicht weiter voranzutreiben und Klimaresilienz zu fördern. Deshalb soll im folgenden Abschnitt der Frage nachgegangen werden, wie alternatives Wirtschaften aussehen könnte. Wie könnte unser gesellschaftliches „Betriebssystem“, welches derzeit noch die Hauptursache für die Erderhitzung darstellt, klimaresilient ausgerichtet werden und welche Schlüsse lassen sich für die Soziale Arbeit daraus ziehen?

4.2 Die Idee von Postwachstum und das gute Leben für Alle

Wie bereits oben unter Kapitel 2 diagnostiziert, ist die derzeit dominierende fossil-kapitalistische Lebensweise der entscheidende Treiber der Klimakrise, welcher die Menschen gleichzeitig in Verlierer und Gewinner des Systems einteilt. Jene, die ökonomisches, soziales oder kulturelles Kapital besitzen, leben in historisch einmaligem Wohlstand, wohingegen Menschen, die über kein Kapital verfügen nur sehr mühsam durch Bildung einen kleinen Aufstieg erfahren können. Lebenschancen und -risiken sind stark ungleich verteilt. Gleichzeitig sind unsere planetaren Grenzen in vielen Bereichen bereits heute überschritten. Bereits seit dem Bericht des *Club of Rome* 1972 wird über die Grenzen dieses Wirtschaftssystems diskutiert. Seitdem gibt es eine Vielzahl von Vorschlägen wie eine zukunftsfähige Wirtschaft, welche die ökologischen Grenzen des Planeten mitberücksichtigt und sozial gerecht ist, aussehen könnte. Die Strategie der Industriestaaten beläuft sich derzeit auf die Dekarbonisierung der Wirtschaft, der Fokus auf das Bruttoinlandsprodukt als Kennziffer für eine erfolgreiche Volkswirtschaft bleibt. Die Strategie der Europäischen Union: Wirtschaftswachstum soll mithilfe von Investitionsplänen von der Ressourcennutzung und dem Emittieren von Treibhausgasen entkoppelt werden (vgl. Europäische Kommission a 2021). Anhänger*innen sogenannter *Postwachstumstheorien*

sehen die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums von ökologischen Schäden als unmöglich an. Postwachstumstheorien wie beispielsweise der *Postwachstumsökonomik* vom Volkswirt Nico Paech weist folgende drei Kriterien auf: *Ökonomische Nähe*, *Subsistenz* und *Suffizienz*. Durch ökonomische Nähe soll Vertrauen und Transparenz zwischen Konsument*inn /-en und Produzent*inn /-en aufgebaut werden, wobei hierbei auch Überschneidungen möglich wären. Konsument*inn /-en könnten beispielsweise gleichzeitig Kapitalgeber*innen sein, wodurch zwischen diesen Interessenskongruenz möglich wäre und durch die soziale Einbettung die Profitmaximierungslogik anonymer Märkte reduzieren könnte (vgl. Paech 2019: 114 f.). Dadurch verspricht sich Paech mehr Gemeinwohlorientierung in der Wirtschaft. Ökonomische Nähe heißt darüber hinaus auch kürzere Transportwege und weniger komplexe Lieferketten, was sich während der Covid-19-Pandemie als vorteilhaft herausstellte. Durch ökonomische Nähe kann die Wirtschaft und das soziale Zusammenleben vor Ort stabilisiert werden, die soziale Einbettung stärkt das Verantwortungsbewusstsein und fördert die Bindung der Marktteilnehmer*innen. Um die Produktion und Konsumption vor Ort zu realisieren, schlägt Nico Paech komplementär zum Euro Regionalwährungen⁹ vor (ebd.: 118). Durch die Stärkung lokaler Ökonomien kann globalisierte Industrieproduktion reduziert werden. Subsistenz ist dafür eine weitere Maßnahme. Subsistenz heißt auf Deutsch Bestand, meint „durch sich selbst“ und kommt Selbstversorgerkultur nahe. Jedoch meint es kein vollständiges Selbstversorgetum, es geht vielmehr um Nutzungsverlängerung und -intensivierung durch beispielsweise die Pflege und Reparatur von Produkten in Repaircafés, oder auch gemeinsamer Nutzung von Gegenständen wie zum Beispiel einer Bohrmaschine, eines Autos oder der gemeinsamen Nutzung eines Gartens für den Gemüseanbau. Mit Subsistenz kann der Konsumdruck gemildert werden, in der Weise, dass man selbst produziert und gleichzeitig einen Gewinn an Freude aus den Aktivitäten erfährt (vgl. Schor 2010: 126). Subsistenz bringt nicht nur einen Gewinn für die Ökologie und das Klima, sondern auch für die soziale Interaktion. Die Soziologin und Ökonomin Schor stellt in ihrem Buch *Wahrer Wohlstand – Mit weniger Arbeit besser leben* das dominierende Verständnis von Wohlstand, im Sinne von möglichst vielen Konsummöglichkeiten in Frage und betont die Wichtigkeit von *Zeitwohlstand*. Viele Menschen haben ihrer Ansicht nach „die Kontrolle über den

⁹ Unter Regionalwährungen wie den „Chiemgauer“ oder „Bremer Roland“ versteht man Geld, das nur bei regional ansässigen Unternehmen Gültigkeit hat.

Grundrhythmus ihres Alltags verloren“ (ebd.: 128). Zu viel Erwerbsarbeit, wachsende Entfernungen zum Arbeitsplatz und Vernachlässigung von zwischenmenschlichen Kontakten sieht sie als Indiz dafür, dass die Menschen zeitliche Verarmung erfahren (ebd.). Dieser Mangel an Zeit und gelungenen Beziehungen wird dann häufig durch Konsum von Produkten mit kurzfristigem Nutzen kompensiert. Konsumkritik ist auch das dritte Kriterium der Postwachstumstheorie von Paech – die Suffizienz, welche die Reduktion des Konsums meint. Dabei wird der eigentliche Zweck einer ökonomischen Aktivität hinterfragt und so weit wie möglich reduziert (vgl. Paech 2020: 126). Im Gegensatz zum Effizienzprinzip wird hierbei nicht danach gefragt „Wie bekomme ich das Produkt mit geringerem ökologischem Schaden?“, sondern „Benötige ich das Produkt überhaupt?“. Suffizienz ist somit radikal, es stellt die Frage nach der Effektivität, ob das Produkt überhaupt einen Nutzen hat und nicht danach, das eventuell gar nicht benötigte Produkt unter möglichst geringem ökologischem Schaden zu produzieren, wie es in einer *grünen Wachstumswirtschaft* nach kapitalistischer Logik praktiziert werden könnte (vgl. ebd.).

Die Frage ist, was ist überhaupt notwendig? Welche Produkte sollten allen Menschen zur Verfügung stehen, um ihre Bedürfnisse zu stillen und auf welche können wir verzichten, beziehungsweise welche sind nachrangig? Eine Eingrenzung darüber haben Vater und Sohn Skidelsky in ihrem Buch *Wie viel ist genug?* getroffen. Sie stellen eine ähnliche Diagnose wie Nico Paech oder Juliet Schor – die Menschen der Industriestaaten sind weitgehend von materiellen Gütern gesättigt, haben einen Mangel an Zeit, gelungenen Beziehungen und so weiter. Die Besonderheit bei ihrem Ansatz: Sie definieren Basisgüter einer *Ökonomie des guten Lebens*, über welche jeder Mensch verfügen müsse und dessen Verwirklichung zur priorisierten Pflicht des Staates gehört, insofern es in dessen Macht steht (vgl. Skidelsky 2013: 227). Die von ihnen bestimmte Basisgüter sind *Gesundheit, Sicherheit, Respekt, Persönlichkeit, Harmonie mit der Natur* und *Freundschaft* (vgl. ebd.: 204-224). Es handelt sich bei den Autoren zufolge um unverzichtbare Güter, die universell jedem Menschen für ein gutes Leben zur Verfügung stehen sollten. Sie stellen also nicht das Wirtschaftswachstum in das Zentrum ihrer *Ökonomie des guten Lebens*, sondern die Befriedigung von Bedürfnissen aller Menschen. Bedürfnisse lassen sich ihnen zufolge objektiv bestimmen, sie bilden das Notwendige ab. Begierde sind darüber hinaus Wünsche, die psychologisch entstehen, potenziell grenzenlos sind und Luxus darstellen

(ebd.: 127). Auch die Sozialarbeiterin und Menschenrechtlerin Staub-Bernasconi unterteilt in ihrem Buch *Menschenwürde – Menschenrechte – Soziale Arbeit* Bedürfnisse und Wünsche, während erstere den Basisgütern und die letzteren den Begierden gleichkommen. Staub-Bernasconi nimmt dabei die allgemeine UNO-Erklärung der Menschenrechte von 1948 als Referenzrahmen, welche nicht vollkommen identisch mit den Basisgütern der Skidelskys sind, sich aber im Kern doch weitgehend decken (vgl. Staub-Bernasconi 2019: 290-293). Sie haben gemeinsam, dass sie universelle Gültigkeit beanspruchen und die Erfüllung der Bedürfnisse beziehungsweise Basisgüter in den Handlungen des Staates prioritär sein sollte, da sie die Grundlage für eine gerechte Gesellschaft bilden (vgl. ebd.: 310 f.). Beide Ansätze stellen einen Bruch mit dem seit dem 1980er dominierenden neo-liberalen Marktparadigma dar, demzufolge der Staat in erster Linie für „die institutionelle Absicherung des freien Marktes“ (Ptak 2017: 34) zuständig ist. Die bedürfniszentrierten Wirtschaftsansätze und Postwachstumstheorien stehen dem „freien“ Markt skeptisch gegenüber und fordern stattdessen eine gerechte Aufteilung von Ressourcen und Emissionsrechten.

Bereits heute werden viele suffiziente und subsistente Praktiken gelebt. Urban Gardening, Upcycling, Reparaturcafes und der Trend im Do-it-Yourself Sektor sind Beispiele hierfür und werden inzwischen auch in der Sozialen Arbeit mitgedacht (vgl. Mäder 2015). Postwachstumstheorien können als Teil der Lösung angesehen werden, da durch Lebenspraktiken der ökonomischen Nähe, Subsistenz und Suffizienz die Klimaresilienz gesteigert wird. Durch sie resultiert eine geringere Abhängigkeit gegenüber den globalisierten und industriellen Produktionsprozessen, die wie bereits oben beschrieben als entscheidender Treiber der Klimakrise zu identifizieren sind und in ihrer heutigen Ordnung imperialistische Züge aufweisen. Durch andere Lebensweisen, die sich an den oben genannten Kriterien orientieren, kann sich eine neue Hegemonie herausbilden, die neben einer gesteigerten Klimaresilienz auch zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen könnte, da Produktionsmittel und Arbeit gerechter verteilt würden.

Allerdings haben beispielsweise die Ökonomische Nähe des Postwachstumsansatz und die von Niko Paech glorifizierte Reduktion von Anonymität einen bitteren Beigeschmack. Denn diese Anonymität der Teilnehmer*innen und die Liberalisierung der

Wirtschaft über räumliche Grenzen hinweg führten auch dazu, dass Menschen aus Machtverhältnissen, z.B. in der Familie, ausbrechen konnten. Gewiss, diese Machtverhältnisse wurden durch andere Zwänge ausgetauscht, wie zum Beispiel die Notwendigkeit seine Arbeitskraft in einer arbeitsteiligen Gesellschaft zu verkaufen. Dennoch muss man anerkennen, dass Anonymität und Handel über die Region hinaus zum Beispiel die Emanzipation der Frau, aus patriarchalen Familienverhältnissen förderte. Des Weiteren stellen die Postwachstumstheorien einen eher individualistischen Ansatz dar. Keiner der Autor*inn/-en denkt makroökonomisch, beispielsweise was es für eine ganze Gesellschaft in einer Welt der globalisierten Handelsströme bedeuten würde, wenn ein massiver Rückbau der Industrie vonstatten geht. Die Praktiken der vorgestellten Postwachstumstheorien können für die Klient*inn/-en Sozialer Arbeit nützlich sein, ihnen das Thema der Nachhaltigkeit in ihre Lebenswelt bringen und ihnen dabei helfen ein klimaresilientes Leben zu gestalten. Auch die Forderung über kürzere Lieferketten und die Reduktion von Konsum, beispielsweise durch eine Gesetzgebung gegen geplante Obsoleszenz, lassen sich von den Postwachstumstheorien als nützliche politische Forderungen für mehr Klimaresilienz ableiten. Aber politisch die Umsetzung der Postwachstumsökonomik von Paech zu fordern, wäre falsch und könnte Errungenschaften in der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge beispielsweise in der Medizin und Entwicklung erneuerbarer Technologien gefährden.

Deutschland ist eine reiche und entwickelte Volkswirtschaft, die nicht weiterwachsen muss, um das gute Leben für alle sicherzustellen und sich klimaresilient auszurichten. Die Bedürfniszentrierten Ansätze von Vater und Sohn Skydelski und Staub-Bernasconi sind dabei für eine politische gesamtgesellschaftliche Ausrichtung hin zu mehr Klimaresilienz besser geeignet, als die Postwachstumsökonomik von Niko Paech. Sie entfachen die Diskussion über gesellschaftliche Basisgüter und stoßen eine kritische Auseinandersetzung mit Fragen der Umverteilung und Priorisierung an. Das ist keine einfache Diskussion, da die Bedürfnisse der Menschen sehr unterschiedlich sind und über die Notwendigkeit zahlreicher Güter viel Dissens bestehen dürfte. Dennoch muss diese Debatte geführt werden, wenn wir über begrenzte Ressourcen eines Planeten nach Kriterien von sozialer Gerechtigkeit und die Entwicklung klimaresilienter Gesellschaftsstrukturen

nachdenken. Wir können sie nicht ausschließlich dem Markt überlassen, sonst entscheiden anstelle demokratischer Amtsträger*innen Konsum- und Kapitalinteressen. Die Frage, wie sich die Profession der Sozialen Arbeit für die Transformation einer klimaresilienten Lebens- und Wirtschaftsweise politisch ausrichten könnte, bleibt nur unzureichend beantwortet. Doch weshalb muss sie sich zur Förderung von Klimaresilienz überhaupt politisch ausrichten?

4.3 Das politische Mandat der Sozialen Arbeit

Die Soziale Arbeit ist seit jeher mit der Industrialisierung verbunden (vgl. Mollenhauer 2010: 130). Mit der Geburt der doppeltfreien Lohnarbeiter*innen¹⁰, die als einziges Produktionsmittel ihre Arbeitskraft am „freien“ Markt anbieten müssen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sind immer soziale Probleme wie Entwurzelung, Armut, missliche Wohnumstände und so weiter, immanent. Soziale Arbeit war schon immer im Zwiespalt, da sie systemstabilisierend dem Kapitalismus innewohnenden negativen Symptome zur Abmilderung verhilft, letztlich eine der notwendigen Antworten des Kapitalismus auf die Soziale Frage ist, um weiter zu bestehen und gleichzeitig mit dem Mandat der Klient*inn/-en eine Verantwortung gegenüber der Wahrung deren Interessen innehat. Die Beweggründe der Sozialen Arbeit sind in der Spannung zwischen aus Menschen- und Nächstenliebe geleistete Hilfe, und Machtgewinn durch offene oder versteckte Missionierung (vgl. Staub-Bernasconi 2019: 84). Zum einen hat sie den Auftrag dazu beizutragen, dass Menschen sich in einem System von Normen und Werten einzugliedern, ihren Habitus anzupassen, damit sie beispielsweise im System „Arbeitsmarkt“ funktionieren, zum anderen soll sie dazu beitragen eben diese Menschen zu bemächtigen, damit sie ihre Interessen wahrnehmen können, um entsprechend Einfluss auf das System zu nehmen (vgl. Seithe 2012: 69). Doch verfolgt die Soziale Arbeit nicht die Interessen der Klient*inn/-en, wenn sie ersterem Mandat gegenüber dem (kapitalistischen) Staat nachkommt und ihnen hilft darin zu funktionieren? Um diese und weitere Fragen zu beantworten schlägt Staub-Bernasconi die Etablierung eines dritten Mandates vor: das Mandat der Profession Sozialer Arbeit. Dieses basiert auf Wissenschaft und Ethik, was sie anschaulich nach der

¹⁰ Doppeltfreie Lohnarbeiter*innen ist eine Bezeichnung, die Karl Marx verwendete, um ironisch darauf aufmerksam zu machen, dass Arbeiter*innen formell frei sind: sie gehören niemandem und ihnen steht frei zu arbeiten. Tatsächlich zwingt aber das kapitalistische System sie dazu, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, wenn sie nicht über Kapital verfügen.

Maxime „nach bestem Wissen und Gewissen“ (Staub-Bernasconi 2019: 87) beschreibt. Das Mandat der Profession Sozialer Arbeit hat sich etabliert, das macht der Deutsche Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) im ersten Absatz seiner Definition Sozialer Arbeit deutlich:

„Soziale Arbeit fördert als praxisorientiert Profession und *wissenschaftliche* Disziplin gesellschaftliche Veränderungen, soziale Entwicklungen und den sozialen Zusammenhalt sowie die Stärkung der Autonomie und Selbstbestimmung von Menschen. Die *Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, die Menschenrechte*, die gemeinsame Verantwortung und die Achtung der Vielfalt bilden die Grundlage der Sozialen Arbeit.“ (DBSH o. D.)

„Professionspolitik ist Gesellschaftspolitik!“ schreibt der DBSH zudem auf der Website und macht dabei darauf aufmerksam, dass die Professionalisierung der Sozialen Arbeit entscheidend dafür ist, ihre Rolle als gesellschaftspolitische Akteurin wahrzunehmen. Das politische Mandat ist Teil des dritten Mandates gegenüber der Profession Sozialer Arbeit, da es mehr benötigt als das Abwägen von Interessen zwischen Staat und Klient*inn/-en (wie im klassischen Doppelmandat vorgesehen), um die Ursachen sozialer Probleme, mit denen sich Soziale Arbeit konfrontiert sieht, umfassend politisch zu bearbeiten. Würde man beim Doppelmandat bleiben, würde Soziale Arbeit auf eine Soziale Dienstleistung reduziert, die ausschließlich die Symptome des Status Quo bearbeitet, reaktiv wirkt und könnte somit, durch ihre vermeintlich unpolitische Stellung, als liberal-konservativ ausgerichtet beschrieben werden.

Die Soziale Arbeit bewegt sich immer im politischen Feld, ob sie will oder nicht. Sie ist immer Teil der herrschenden Politik und wenn sie ihr professionelles Mandat ernstnimmt, reflexive und somit reformistische Kraft (vgl. Seithe 2012: 399 f.). Doch was folgt aus der Erkenntnis über die Notwendigkeit einer bewussten politischen Ausrichtung der Sozialen Arbeit? Fest steht: Eine liberal-konservative politische Ausrichtung, die sich ausschließlich auf die Milderung sozialer Probleme konzentriert, wird den Herausforderungen der Erderhitzung, den Interessen der eigenen Klientel und auch den staatlichen Interessen langfristig nicht gerecht. Soziale Arbeit sollte sich politisch für eine entschlossene Bekämpfung der Klimakrise stark machen, da dadurch existenzielles Leid und eine Kostenexplosion durch Wiederaufbau und Anpassungsmaßnahmen in der Staatskasse reduziert werden kann. Die alleinige Fokussierung auf Notfallhilfe, wie zum Beispiel im überfluteten Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz genügt nicht, um zukünftige Katastrophen gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Art wie in einer Gesellschaft gewirtschaftet

wird ist entscheidend, da die Wirtschaftsform, wie in Kapitel zwei beschrieben, die sozioökonomische Ursache der Erderhitzung darstellt. Um der Anfangsfrage nachzugehen, wie Soziale Arbeit sich ausrichten könnte, um eine Transformation der Lebens- beziehungsweise Wirtschaftsweise in Richtung Klimaresilienz zu fördern, soll im nächsten Kapitel die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Sozialen Arbeit debattiert werden. Dies soll exemplarisch durch die Basiskriterien des Professionellen Mandats der Sozialen Arbeit erfolgen, nach *bestem Wissen und Gewissen*. Dabei beansprucht der Debattenbeitrag selbstverständlich keine allgemeine Gültigkeit, sondern soll als Versuch gelebter politisch-sozialarbeiterischer Tätigkeit verstanden werden. Als Versuch einer Ausrichtung, die dazu dienen soll, konkrete Anknüpfungspunkte zu entwickeln, die dann wiederum mit anderen Angehörigen der Profession diskutiert werden können und so zu einer (Re-)Politisierung der Sozialen Arbeit beitr

4.4 Ein Debattenbeitrag zur politökonomischen Ausrichtung Sozialer Arbeit

„Welche Wirtschaftsstruktur folgt auf die Herrschaft der Industrieökonomie?“ fragt sich der Soziologe Reckwitz in seinem Buch *Das Ende der Illusionen – Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*. Er beschreibt eine Polarisierung der Ökonomie, welche durch hochqualifizierte Wissensarbeiter*innen sowie niedrigqualifizierte Dienstleistungsarbeiter*innen gekennzeichnet ist, wohingegen Industriearbeiter*innen an Bedeutung verlieren (vgl. Reckwitz 2020: 140 f.). Der Fordismus¹¹ steckt in der Krise, die Nachfrage und das damit zusammenhängende Wirtschaftswachstum stagniert, beziehungsweise die Wirtschaft wächst in nur noch sehr geringem Ausmaß (vgl. Nymoen/Schmitt: 36 f.). Gibt es also Anlass zur Freude für Klimaschützer*innen? Wohl kaum: Unternehmen haben die Nachfragekrise längst erkannt und sind bereits zu anderen Akkumulationsstrategien gewechselt, bei der beispielsweise raffiniertes Marketing, z.B. durch personalisierte Werbekörper in Form von Influencer*innen die auf den sogenannten Sozialen Medien dazu beitragen neue Begierde zu schaffen und somit das System zu stabilisieren (vgl. ebd. 40-44). In den frühindustrialisierten Staaten Europas und Nordamerika vollzog

¹¹ Fordismus bezeichnet die von Henry Ford geprägte Phase des Kapitalismus, der Massen- und Fließbandproduktion, die durch Massenkonsum und Integration der Arbeiter*innen am Wohlstand gekennzeichnet ist (vgl. Haas o. D.).

sich ein Wandel hin zum kognitiv-kulturellen Kapitalismus, der zwar nach wie vor immense materielle Ressourcen verschlingt – indem aber immaterielles Kapital wie Wissen, Urheberrechte, Patente et cetera und auch der symbolische Wert eines Produktes entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg sind. Produkte werden zu kulturellen Gütern, die den Konsument*inn /-en durch ihren symbolischen Wert Einzigartigkeit versprechen (vgl. ebd.: 140-142). Der Gebrauchswert einer Ware verliert in einer Gesellschaft, in der materielle Bedürfnisse weitestgehend gesättigt sind, an Bedeutung. Resultat dieser sehr langsamen wachsenden Form des Kapitalismus der kognitiv-kulturellen Art sind eine wachsende ökonomische Ungleichheit, eine Polarisierung zwischen Menschen, die in niedrigqualifizierten oder unrentablem Dienstleistungssektor tätig sind und jenen, die für den Markt rentable Wissensarbeit leisten oder zumindest dazu beitragen, den symbolischen Wert eines Produktes zu erhöhen und somit den Absatz zu steigern (ebd.). Die Wirtschaft wächst dadurch im geringen Maße weiter, wie Zahlen von 2018 sowie 2019, vor der Covid-19 Pandemie zeigen, in Deutschland um jährlich gerade einmal 1,1% (vgl. Statista Research Department c 2021). Was hat das nun mit der Bekämpfung der Klimakrise zu tun? Die Entwicklung des Kapitalismus macht deutlich, dass wir nicht darauf hoffen können, dass klimaneutrale Produkte beziehungsweise Technologien sich rechtzeitig am Markt durchsetzen werden, um die Klimakrise aufzuhalten. Eher geht die Entwicklung hin zu unnützen Produkten und Bullshitjobs¹², wie sie Bestsellerautor David Graeber bezeichnete (vgl. 2018: 13 ff.). Entstehen klimafreundliche Produkte, Technologien oder Dienstleistungen im Kapitalismus, so handelt es sich dabei um ein Nebenprodukt von Profit. Auch wenn einige ehrenwerte Unternehmen freiwillig auf Profitmaximierung verzichten, um das Klima zu schonen – wenn Klimaschutz und Profit im Widerspruch stehen, hat die Profitmaximierung in der kapitalistischen Logik Vorrang, da sonst das Unternehmen durch Wettbewerb verdrängt werden würde. Ebenso illusorisch wie die Annahme, dass der „freie“ Markt die Klimakrise für uns löst, ist die Annahme, dass wir das Fortschreiten der Klimakrise durch die Erkenntnis verhindern, dass wir verzichten sollten, um das Klima zu schonen und sich daraufhin eine Postwachstumsökonomie demokratisch durchsetzen wird. „Fabriken, Züge, Flughäfen, Schulen würden nur noch zu

¹² Eine Beschäftigung die aus jeglicher Hinsicht unnötig, sinnlos oder gar schädlich ist (vgl. Graeber 2018: 31)

einem Drittel ihrer normalen Zeit betrieben werden; Elektrizität, Heizungen und Warmwasser wären lediglich acht Stunden pro Tag verfügbar; Autos dürften nur an einem von drei Tagen gefahren werden; wir würden nur 13 Stunden pro Woche arbeiten (...)“ (Milanović 2017) schreibt der Ökonom und Ungleichheitsforscher Branko Milanović in einem Kommentar zu Postwachstum und bezweifelt, dass es hierfür nur ansatzweise die notwendige Unterstützung geben würde. Seine Meinung ist sicherlich strittig, doch in einer seiner weiteren Annahmen liegt er sicher richtig: Die Wirtschaft wird im globalisierten Kapitalismus weiterwachsen (vgl. ebd.). Und in Deutschland, wo bereits gesamtgesellschaftlich ein sehr hohes Wohlstandsniveau erreicht wurde, ist für die Frage wie wir zu einem sozial gerechteren und klimaresilienteren Land werden, viel mehr davon abhängig, ob wir es auf gesamtgesellschaftlicher Ebene schaffen, die Infrastruktur und Volkswirtschaft klimaneutral und sozial gerecht zu gestalten, als ob wir nun noch jährlich einen Prozentpunkt wachsen, oder nicht. Angesichts der geringen Wachstumsraten der Wirtschaft in Deutschland, sollte der Fokus der politischen Sozialen Arbeit beispielsweise eher darauf liegen, dass Infrastruktur möglichst schnell klimaneutral und sozial umgebaut wird, als zu diskutieren, ob ein wenig Wachstum problematisch ist, oder nicht. Politisch sollte sich zum Beispiel eher dafür eingesetzt werden, einen attraktiven und kostenlosen öffentlichen Nahverkehr durchzusetzen, sodass niemand mehr darauf angewiesen ist, mit dem Auto zu fahren. Darüber hinaus sollte der Fokus darauf gelenkt werden, Arbeitslosigkeit und Armut in Deutschland abzuschaffen und öffentliche Daseinsfürsorge wie Bildung sowie den Gesundheitssektor so zu stärken. Dabei sollte berücksichtigt werden, dass von den sozialen und gesundheitlichen Auswirkungen der Klimakrise, die bereits sowieso schon sozial benachteiligten Gruppen ungleich betroffen sind und nicht noch weiter benachteiligt werden sollten. Um diese Ziele auch tatsächlich zu erreichen, benötigt es eine entschlossene Politik und einen stärker investierenden Staat. Als Resultat dieser Transformation wird es unter Umständen zu erneutem Wirtschaftswachstum kommen, zumindest kurzfristig, solange die alte fossile Wirtschaft noch parallel dazu existiert. Doch diese nachhaltige und gemeinwohlorientierte Infrastruktur, welche auf Klimaresilienz ausgerichtet ist, ist die Voraussetzung für eine spätere Postwachstumsökonomie, bei der Wohlstandseinbrüche durch den Rückbau der fossilen Industrie kompensiert werden können. Damit dies gelingt, erscheint eine Doppelstrategie sinnvoll, für die sich Soziale Arbeit politisch stark machen sollte. Zum einen benötigt es eine neue Definition von

Wohlstand, eine Abkehr von falsch verstandener Freiheit, welche Selbstverwirklichung als die größtmögliche Anhäufung von Eigentum, oder einem verschwenderischen Lebensstil mit hohen externalisierten Umweltkosten ansieht. Hier stellt sich ein kulturpolitischer Bildungsauftrag an die Soziale Arbeit, bei der sie beispielsweise durch ihre Lebenswelt- und Sozialraumorientierung gesellschaftlich Einfluss nehmen kann.

Zum anderen sollte Soziale Arbeit auf makroökonomischer Ebene daran mitwirken, dass der Staat wieder mehr wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum erlangt. Der „freie“ Markt befriedigt die Bedürfnisse der Menschen nur sehr ineffizient, da er sich an Profitmaximierung orientiert, anstatt Bedürfnisse unter möglichst geringem Ressourceneinsatz zu befriedigen. Besonders erfolgreich wirtschaftet ein Land nach heutigem Maßstab, wenn möglichst viel produziert und verkauft wird. Jegliches Wirtschaftswachstum, unabhängig wie es entsteht, wird blind aufsummiert und als Marker für Wohlstandszuwächse hergenommen. Gibt es einen Zuwachs an Unfällen, oder wird beispielsweise ein neues Kohlekraftwerk gebaut, wächst dadurch auch das Bruttoinlandsprodukt. Schafft es ein Unternehmen ein Bedürfnis, wie zum Beispiel Mobilität, durch moderne Technologien wie einem Zug effizient zu befriedigen, anstatt jedem Menschen ein Elektroauto zu verkaufen, schrumpft das BIP und ist im Sinne der derzeitigen Interpretationsweise gesellschaftlich wohlstandsmindernd. Eine alleinige Betrachtung des BIP ist schlichtweg nicht dafür geeignet, um Schlüsse über Wohlstand und Klimafreundlichkeit zu ziehen, da sie keine Auskunft darüber gibt, wie klima- und sozialverträglich gewirtschaftet wurde.

Als Marker für tatsächlichen Wohlstand sollte daher die undifferenzierte Kennzahl des BIP, durch solche ergänzt werden, die wirklichen gesellschaftlichen Wohlstand abbilden. Ein Beispiel hierfür ist der Genuine Progress Indicator (GPI) welcher Hausarbeit, Ehrenamt, Einkommensverteilung, Ressourcenverbrauch, langfristige Umweltschäden, Nachhaltigkeit der Infrastruktur und vieles mehr bereits heute abbilden kann (vgl. Genuine Progress Indicator 2008). Durch die Implementierung des GPI würde die Grundlage für eine fundierte Debatte um gesellschaftlichen Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg möglich werden. Damit die ungerichtete und ineffiziente Wirtschaftsweise eingeehgt wird und eine klimaresiliente Gesellschaft entstehen kann, muss der Zweck der Wirtschaft einer effizienten Bedürfnisbefriedigung untergeordnet werden und darf nicht dazu

führen, lebensfeindliche Bedingungen zu schaffen (vgl. Gorz 2009: 10, 50 f.). Welche Bedürfnisse Priorität haben, muss demokratisch entschieden werden und darf nicht allein einer Rentabilitätslogik untergestellt sein, bei dem die Bedürfnisse der Menschen an das Angebot der Unternehmen angepasst, oder immer neue Begierde produziert werden müssen, um Rendite zu generieren (vgl. ebd. 22 f.). Entscheidend für die Umsetzung des politischen Ziels einer effizienteren Gestaltung der Wirtschaft, ist hierbei die Kenntnis über die Funktionsweise des Geldsystems, welche die Denkschule der Modern Monetary Theorie (MMT) vermittelt. Es handelt es sich weniger um eine Theorie, sondern vielmehr um eine deskriptive Beschreibung des Geldsystems. Der Staat ist der Herausgeber des Geldes, er besitzt ein Monopol über die Währung, während Unternehmen, Gemeinden und Haushalte Nutzerinnen des Geldes sind. Geld ist immer Ausdruck einer Schuldbeziehung. Während die Nutzer*innen dem Risiko ausgesetzt sind bankrott zu gehen, hat der Staat als Herausgeber der Währung dieses Risiko nicht – er unterliegt theoretisch erst einmal keinen finanziellen Grenzen, wenn er monetär souverän ist und über stabile staatliche Institutionen verfügt (vgl. Höfgen 2020: 71 f.). Monetär souverän ist ein Staat, wenn er seine eigene Währung ausgibt, wenn er in der Lage ist, Steuern in seiner Währung einzutreiben, er keine Fremdwährungsverbindlichkeiten eingetht und kein Versprechen abgibt, die eigene Währung gegen einen festen Wechselkurs in eine andere Währung oder ein bestimmtes Edelmetall wie z.B. Gold einzutauschen (vgl. ebd.: 85). Die USA steht an der Spitze, wenn es um staatliche monetäre Souveränität geht, aber auch die Eurozone ist es und diese unterliegt trotz einiger Besonderheiten und Schwierigkeiten, die aus der Konstruktion des Euros resultieren, grundsätzlich denselben Kriterien (vgl. ebd. 91-96). Der Staat, beziehungsweise im Falle der Eurozone die Europäische Zentralbank, muss kein Geld eintreiben, bevor es ausgegeben wird. Die Grenzen der Geldschöpfung des Staates liegen nicht an bestehenden Defiziten oder festgeschriebenen Budgets, sondern dort, wo die Gefahr einer Hyperinflation besteht. Diese kann durch eine Überhitzung der Nachfrage entstehen, entweder wenn die Produktion der Nachfrage nicht nachkommt oder aufgrund eines Anstiegs der Produktionskosten (vgl. ebd.: 109; Hickel 2021: 71). Demnach sind die Möglichkeiten des Staates für Investitionen noch lange nicht ausgereizt. Wie viel Geld plötzlich staatlich ausgegeben werden kann, wurden zuletzt durch die billionen-

schweren Infrastrukturpläne Joe Bidens deutlich, der damit mit dem neoliberalen Paradigma der *Trickle Down Economic*¹³ bricht und durch staatliche Investitionen tausende von neuen Jobs ermöglicht, welche nachhaltige Infrastruktur schaffen sollen (vgl. NBC News 2021).

Mithilfe der MMT lässt sich die grundlegende Funktionsweise des Geldsystems erklären: Geld ist ein Produktionsmittel und zum Verwenden da. Steuern dienen in erster Linie nicht dazu Staatsausgaben zu finanzieren, sondern monetäre Souveränität sicherzustellen, ökonomische Ungleichheit zu reduzieren und Anreize für bestimmte Verhaltensweisen zu schaffen. Staat und Haushalte agieren nach einer völlig unterschiedlichen Logik, als Herausgeber und Nutzer. Die realexistierenden Ressourcen wie Produktionsmittel, Arbeitskraft sowie das CO₂-Budget und langfristige Inflation oberhalb des Inflationsziels setzen die Grenze für Staatsinvestitionen (vgl. Hickel 2021: 71). Aus dieser Erkenntnis folgt ein enormer wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum, der zusammen mit klugen Regulationen des Marktes verwendet werden kann, um Klimaresilienz in unserer Gesellschaft politisch zu fördern. MMT ist kein politisches Programm, die Erkenntnisse aus unserem Geldsystem lassen sich beispielsweise ebenso für Aufrüstung oder eine Politik des „blinden“ Wachstums verwenden. Deshalb ist es wichtig parallel dazu ein politisches Rahmenprogramm zu bauen, zum Beispiel durch die Etablierung eines aussagekräftigen Markers für Wohlstand, wie den GPI. MMT ermöglicht es, die Finanzierungsfrage von staatlichen Investitionen in den Hintergrund rücken zu lassen und langfristig auf Klimaresilienz hinzuarbeiten. Finanzielle Ressourcen sind für einen Staat nicht knapp, natürliche und soziale Ressourcen sowie unser CO₂-Budget hingegen schon. Die Finanzierungsfrage spielt nur noch insofern eine Rolle, dass man die Frage insofern berücksichtigen muss, welche Folgen die staatlichen Ausgaben für die Volkswirtschaft haben. Um es mit Maurice Höfgens Worten zu sagen: „All das, wozu wir technisch in der Lage sind und worauf wir uns demokratisch einigen können, können wir uns auch leisten“ (Höfgen 2020: 17).

¹³ Die Annahme, dass Einkommenszuwächse von Reichen sukzessive zu Einkommenszuwächsen der Mittelschicht und der Ärmern durchsickern (vgl. Krämer).

5. Resümee und Ausblick

Deutschland befindet sich im Klimanotstand. Ursache ist unsere kapitalistische Lebensweise, die verschwenderisch mit Ressourcen und dem verbleibenden Treibhausgasbudget umgeht und durch die Verwendung fossiler Brennstoffe die Erderhitzung weiter befeuert. Gleichzeitig beruht diese Lebens-, beziehungsweise Wirtschaftsweise auf extremer sozialer Ungleichheit, weist imperiale Züge auf und schafft es daher nicht, die Basisbedürfnisse aller zu stillen. Um diese Wirtschaftsweise zu stabilisieren, ist ständiges Wachstum notwendig, da die Unternehmen ihr Kapital vermehren müssen, um in der Marktwirtschaft konkurrenzfähig zu bleiben und weiter bestehen zu können. Die daraus resultierenden Auswirkungen der Erderhitzung stellen die Soziale Arbeit vor große Herausforderungen.

Für Gesundheitsrisiken, die von der Erderhitzung und Umweltverschmutzung ausgehen, benötigt es in den diversen Arbeitsbereichen der Sozialen Arbeit Konzepte und Anpassungsmaßnahmen, um die Bevölkerung zu schützen. Besonders attraktiv sind Synergien wie die, dass beispielsweise die Implementierung von einer pflanzenbasierten Planetary Health Diet in Einrichtungen der Sozialen Arbeit die Gesundheit und somit die individuelle Klimaresilienz der Menschen fördern würde und gleichzeitig Treibhausgase und Ressourcen eingespart werden könnten. Auch gegenüber psychischen Auswirkungen sollten Sozialarbeiter*innen sensibilisiert sein und über den Nutzen synergetischer Effekte Bescheid wissen, zum Beispiel, dass politischer Aktivismus eine günstige Kanalisationsmöglichkeit bietet, um mit Klimaangst umzugehen. Die Auswirkungen der Erderhitzung werden zu einer weiteren Verschärfung von Verteilungskonflikten führen, solche um materielle Ressourcen, aber auch um Bildungschancen und allgemein Lebenschancen, die eng damit verbunden sind. Menschen im globalen Süden sind bereits gegenwärtig unmittelbar-existenziell von der Erderhitzung betroffen, da sie beispielsweise durch Desertifikation einen Verlust von Lebensraum erleben und deshalb fliehen müssen. Deutschland und die Europäische Union sollten hier ihrer historischen Verantwortung als einer der größten Emittenten von Treibhausgasen nachkommen und das Asylrecht stärken. Zudem sollten sie erkennen, dass Zuwanderung durch Flucht und Migration angesichts der demographischen Lage im Land und dem Arbeitskräftemangel auch aus Eigeninteresse unbedingt notwendig ist, um den Wechsel hin zu einer klimaresilienten Gesellschaft zu

meistern. Soziale Arbeit sollte darauf hinwirken, Grenzen durchlässiger werden zu lassen. Beispielsweise dadurch, dass sie sich für eine rechtsgültige Definition von Klimaflucht einsetzt. Sozialarbeiter*innen arbeiten mit Geflüchteten direkt zusammen und können hier als Bindeglied fungieren, um nötige Erfahrungen der Betroffenen in die Definition von Klimafluchtkriterien miteinzubringen.

Ziel in der Ausrichtung der Sozialen Arbeit ist es zur gesellschaftlichen Klimaresilienz beizutragen. Das heißt, gesellschaftliche Vulnerabilität zu reduzieren und Widerstandsfähigkeit gegenüber der Erderhitzung zu fördern. Dabei handelt es sich um eine Aufgabe enormen Ausmaßes, für die es eine Vielzahl an sozialarbeiterischen Konzepten benötigt. Als Orientierung für weitere Konzeptionen können Suffizienz- und Subsistenzideen aus den Postwachstumstheorien abgeleitet werden, um beispielsweise in der lebenswelt- und sozialraumorientierten Sozialen Arbeit verstärkt Anwendung zu finden. Als Theorien zur Ableitung von politischen Forderungen sind die Postwachstumstheorie, zumindest die von Nico Paech, eher ungeeignet, da sie mikroökonomisch gedacht sind, in der heutigen Mehrheitsgesellschaft nur wenig attraktiv erscheinen und die einschneidenden sozialen Folgen einer solchen Transformation für unsere Industriegesellschaft unterschätzt. Die bedürfniszentrierten Theorien von Vater und Sohn Skydelsky sowie Staub-Bernasconi eröffnen dahingegen eine spannende Diskussion über Basisgüter, darüber welche Bedürfnisse gestillt werden sollten, um das gute Leben für Alle zu ermöglichen. Das gute Leben für alle zu garantieren ist eine Grundlage, um Verwundbarkeiten in der Gesellschaft gegenüber der Erderhitzung zu reduzieren und somit Klimaresilienz zu fördern. Soziale Arbeit muss angesichts der Erderhitzung ihr politisches Mandat aktiver wahrnehmen, Institutionen und Verbände stärker politisch positionieren und angesichts der sozialen Auswirkungen der Klimakrise (auch ökonomisch) stärker Partei für ihre Klientel beziehen. Denkbar wären zudem die Organisation einer separaten Klimabewegung zur Thematisierung von sozial(-ökonomischen) Folgen des Klimawandels, analog zur Klimabewegung der Psycholog*inn/-en, den *Psychologists for Future*, welche die psychischen Folgen der Erderhitzung thematisieren. Als interdisziplinäre Profession kann Soziale Arbeit die vielfältigen gesellschaftlichen Auswirkungen in den Fokus rücken und dazu kulturpolitische Bildungsangebote entwerfen, mit dem Ziel Klient*inn/-en stärker zu politisieren und bestenfalls Leidenschaft für den demokratischen Streit zu entfachen. Damit dies geschieht,

ist es notwendig, Politik als etwas begreifbar zu machen, dass nicht alternativlos ist und direkt auf den Alltag der Menschen wirkt.

Um neue Bildungskonzepte über die gesellschaftlichen Auswirkungen der Erderhitzung zu ermöglichen und um Klimaresilienz in der Gesellschaft zu fördern, ist ein politikökonomischer Paradigmenwechsel notwendig. Das BIP muss durch Kennzahlen wie beispielsweise das GDI erweitert werden, um Wohlstand und Klimaresilienz beurteilen zu können und den Markt entsprechend zu regulieren. Durch kluge Ordnungs- und Regulationspolitik werden so Innovationen in Richtung Klimaresilienz gefördert. Durch die Analyse des Geldsystems, der neuen Denkschule der MMT¹⁴, ergeben sich für Deutschland wirtschaftspolitische Handlungsräume, welche den Fokus von der Finanzierungsfrage auf die Frage nach dem Nutzen von staatlichen Investitionen lenkt. Investitionen in klimaneutrale Energie, in die Bahn und in das Gesundheits- und Sozialwesen lassen unseren Wohlstand wachsen und sind die Grundlage für Klimaresilienz. Klimaresilienz kann nur gelingen, wenn unsere Wirtschafts- und Lebensweise sich auch als sozial gerechter erweist. Was dies im Detail genau heißt, muss weiter demokratisch ausdiskutiert werden. Wichtig ist, dass Soziale Arbeit ihr politisches Mandat dazu nutzt, die staatlichen Handlungsmöglichkeiten zu erweitern und darauf hinzuwirken, dass durch demokratische Partizipation eine investierende Politik zur Förderung von Klimaresilienz legitimiert wird. Entscheidend ist nicht die Finanzierungsfrage, sondern wie Geld bestmöglich eingesetzt werden kann, um Ressourcen wie Arbeitskraft, materielle Ressourcen sowie verbleibendes CO₂-Budget effizient zu nutzen, um das gute Leben für Alle zu ermöglichen. Interessant wäre im Weiteren auch die Betrachtung der Mandate der Sozialen Arbeit aus Perspektive der MMT. Es könnte sich bewahrheiten, dass die oftmals hervorgehobene Finanzierungsfrage nicht entscheidend ist und das Spannungsverhältnis zwischen dem Mandat der Sozialen Arbeit gegenüber dem Staat als Kostenträger und den Klient*inn /-en aus falschen ökonomischen Paradigmen resultiert. Um ein Umdenken zu erreichen und mit der imperialen Lebensweise zu brechen, benötigt es eine Verschiebung in den hegemonialen Verhältnissen. Kulturell in der Gesellschaft hin zu mehr Solidarität und

¹⁴ Empfehlung zur weiteren Lektüre: „Geld und Kredit: eine EUR-päische Perspektive“ von Dirk Ehnts, „The Deficit Myth: Modern Monetary Theory and the Birth of People’s Economy“ von Stephanie Kelton, „Zentralbankkapitalismus“ von Joscha Wullweber und „Mythos Geldknappheit – Modern Monetary Theory oder warum es am Geld nicht scheitern muss“ von Maurice Höfgen.

eine Stärkung des Gemeinsinns, sowie im Politischen eine Stärkung des Staates als demokratische Institution der Bürger*innen, welche den Paradigmenwechsel weg von einer marktkonformen Gesellschaftsordnung, hin zu einer gemeinwohlorientierten und somit klimaresilienten Gesellschaft vollzieht.

6. Literaturverzeichnis

- 13 Milliarden für NRW-Wiederaufbau (2021): in: taz, 09.08.2021, [online]
<https://taz.de/Ministerpraesident-Laschet-zur-Flut!/5792445/> [abgerufen am 10.08.2021].
- 140 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2050 (2018): in: Der Tagesspiegel, [online]
<https://www.tagesspiegel.de/politik/weckruf-der-weltbank-140-millionen-klimafluechtlinge-bis-2050/21091728.html> [abgerufen am 10.08.2021].
- Ahrend, Björn (2020): Protest gegen Coca-Cola-Brunnen, in: Tagesthemen mittendrin, [online] <https://www.tagesschau.de/inland/tagesthemen-mittendrin-coca-colabrunnen-101.html> [abgerufen am 10.08.2021].
- Amnesty International (2021): Libyen: Schwere Menschenrechtsverletzungen in Haftzentren für Schutzsuchende, [online] <https://www.amnesty.de/allgemein/pressemitteilung/libyen-migration-menschenrechtsverletzungen-haftzentren> [abgerufen am 10.08.2021].
- Aufenvenne, Philipp / Carsten Felgentreff / Wilfried Heller (o. D.): Klimaflucht und Umweltmigration - diskussionswürdige Begriffe: in: Eine Sonate der Ökonomie - Sätze zur allgemeinen Theorie, der Raumwirtschaft und der Klimapolitik., [online] <https://bit.ly/3AsLcQ3> [abgerufen am 10.08.2021].
- Augustin, Jobst / Rainer Sauerborn / Katrin Burkart / Wilfried Endlicher / Susanne Jochner / Christina Koppe / Annette Menzel / Hans-Guido Mücke / Alina Herrmann (2017): Gesundheit, in: Guy P. Brasseur / Daniela Jacob / Susanne Schuck-Zöller (Hrsg.), Klimawandel in Deutschland: Entwicklung, Folgen, Risiken und Perspektiven, 1. Aufl., Berlin, Deutschland: Springer, S. 137-149.
- Augustin, Jobst / Rolf Horstmann / Timo Homeier-Bachmann / Kai Jensen / Jörg Knieling / Anne Caroline Krefis / Adreas Krüger / Markus Quante / Henner Sandmann / Christina Strube (2018): Auswirkungen des Klimawandels in der

Region: Gesundheit, in: Von Storch, Hans / Insa Meinke / Martin Claußen (Hrsg.), Hamburger Klimabericht - Wissen über Klima, Klimawandel und Auswirkungen in Hamburg und Norddeutschland, Berlin, Deutschland: Springer, S. 173-192.

Binswanger, Mathias (2019): Der Wachstumszwang: Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben, Weinheim, Deutschland: Wiley- VCH Verlag.

Brand, Ulrich / Markus Wissen (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München, Deutschland: oekom Verlag.

Clifton, Peter M. (2011): Protein and Coronary Heart Disease: The Role of Different Protein Sources, in: Current Artherosclerosis Reports, Nr. 13, S. 493-498.

Climate Action Tracker (2021): Deutschlands vorgeschlagenes Klimaziel für 2030 noch nicht 1,5°C-kompatibel, Climate Action Tracker, [online] <https://climateactiontracker.org/publications/germanys-proposed-2030-national-target-not-yet-15c-compatible/> [abgerufen am 09.08.2021].

Das Erste (2015): Welt in Zahlen - Schwitzen: W wie Wissen, Das Erste, [online] <https://www.daserste.de/information/wissen-kultur/w-wie-wissen/sendung/2009/welt-in-zahlen-schwitzen-100.html> [abgerufen am 09.08.2021].

DBSH - Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (o. D.): Definition der Sozialen Arbeit, [online] <https://www.dbsh.de/profession/definition-der-sozialen-arbeit.html> [abgerufen am 12.08.2021].

DGP - Deutsche Gesellschaft für Pneumologie und Beatmungsmedizin e.V. (2018): Luftschadstoffe gefährden unsere Gesundheit - besonders die von Kindern, älteren Menschen und Erkrankten: Lungenärzte fordern gesellschaftliches Umdenken in Sachen Luftverschmutzung, DGP, [online] <https://pneumolo>

gie.de/fileadmin/user_upload/Presse/2018-11-27_PM_Positionspapier_Feinstaub.pdf [abgerufen am 09.08.2021]

Deutscher Wetterdienst (2020): Aus extrem wurde normal: Sommer in Deutschland, der Schweiz und Österreich immer heißer, Deutscher Wetterdienst, [online] https://www.dwd.de/DE/presse/pressemitteilungen/DE/2020/20200702_dach_news.html [abgerufen am 09.08.2021].

DGE - Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (o. D.): Planetary Health Diet, [online] <https://www.dge.de/ernaehrungspraxis/nachhaltige-ernaehrung/planetary-health-diet/> [abgerufen am 10.08.2021]

DHS - Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (o. D.): Alkohol - Zahlen, Daten, Fakten, DHS, [online] <https://www.dhs.de/suechte/alkohol/zahlen-daten-fakten> [abgerufen am 09.08.2021].

Dodds, Joseph (2021): The psychology of climate anxiety, in: Cambridge University Press, [online] <https://www.cambridge.org/core/journals/bjpsych-bulletin/article/psychology-of-climate-anxiety/26AC9DF2FCD1A0BCC42070CCDFD8CDB3> [abgerufen am 10.08.2021].

Droht in Deutschland künftig Wassermangel? (2021): in: Deutsche Welle, [online] <https://www.dw.com/de/wasserarmut-wasserknappheit-d%C3%BCrre-in-deutschland-nationaler-wasserdialo-g-wasserstrategie/a-56227882> [abgerufen am 10.08.2021].

Eis, Dieter / Dieter Helm / Detlef Laußmann / Klaus Stark (2010): Klimawandel und Gesundheit: Ein Sachstandsbericht, in: Robert Koch Institut, [online] https://www.rki.de/DE/Content/Gesund/Umwelteinflusse/Klimawandel/Klimawandel-Gesundheit-Sachstandsbericht.pdf?__blob=publicationFile [abgerufen am 09.08.2021].

Europäische Kommission a (2021): Europäischer Grüner Deal - Erster klimaneutraler Kontinent werden, [online] https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de [abgerufen am 12.08.2021].

Europäische Kommission c (2019): Nitrat im Grundwasser: Kommission mahnt Deutschland zur Umsetzung des EuGH-Urteils, Europäische Kommission, [online] https://ec.europa.eu/germany/news/20190725-nitrat_de [abgerufen am 10.08.2021].

Extremwetter durch Klimawandel: Deutschland unter den 20 am meisten betroffenen Staaten (2021), in: Der Tagesspiegel, [online] <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/extremwetter-durch-klimawandel-deutschland-unter-den-20-am-meisten-betroffenen-staaten/26849280.html> [abgerufen am 10.08.2021].

Farwick, Andreas (2012): Segregation: in: Frank Eckardt (Hrsg.), Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden, Deutschland: Springer VS, S.318-419.

Folkers, Manfred / Niko Paech (2020): All you need is less: Eine Kultur des Genug aus ökonomischer und buddhistischer Sicht, München, Deutschland: Oekom Verlag.

Franzen, Jonathan (2020): Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen?: Gestehen wir uns ein, dass wir die Klimakatastrophe nicht verhindern können, Hamburg, Deutschland: Rowohlt Verlag.

Frerichs, Stefan / Christoph Küpper / Bernd Noky / André Simon / Luise Adrian / Arno Bunzel / Ricarda Pätzold / Magdalena Rakel (2018): Umwelt- und Aufenthaltsqualität in kompakt-urbanen undutzungsgemischten Stadtstrukturen - Analysen, Fallbeispiele, Handlungsansätze unter Nutzung und Weiterentwicklung des Bauplanungs- und Umweltrechts: in: Umweltbundesamt, [online] https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-01-29_texte_06-2018_stadtstrukturen.pdf [abgerufen am 10.08.2021].

Fresán, Ujué / Joan Sabaté (2019): Vegetarian Diets: Planetary Health and Its Alignment with Human Health: in: Oxford Academic: Advances in Nutrition, [online] https://academic.oup.com/advances/article/10/Supplment_4/S380/5624053?login=true [abgerufen am 10.08.2021].

Fröhlich, Christiane (2021): Mythos Migrationsdruck: Klimawandel ist kein automatischer Treiber: in: Welternährung - Das Fachjournal der Welthungerhilfe, [online] <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/klima-ressourcen/mythos-klimaflucht/> [abgerufen am 10.08.2021].

Genuine Progress Indicator (2008): Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/teamglobal/67474/gpi> [abgerufen am 15.09.2021].

Germanwatch (2020): Globaler Klima-Risiko-Index, Germanwatch e.V., [online] https://germanwatch.org/sites/default/files/20-2-01%20KRI%202020%20-%20Kurzzusammenfassung_8.pdf [abgerufen am 10.08.2021].

Gorz, André (2009): Auswege aus dem Kapitalismus: Beiträge zur politischen Ökologie, 1. Aufl., Zürich, Schweiz: Rotpunktverlag.

Grabka, Markus M. / Christoph Halbmeier (2019): Vermögensungleichheit in Deutschland bleibt trotz deutlich steigender Nettovermögen anhaltend hoch: in: DIW Wochenbericht 40 / 2019, S. 735-745, [online] https://www.diw.de/de/diw_01.c.679909.de/publikationen/wochenberichte/2019_40/vermoegensungleichheit_in_deutschland_bleibt_trotz_deutlich_steigender_nettovermoegen_anhaltend_hoch.html [abgerufen am 10.08.2021].

Graeber, David (2018): Bullshitjobs: Vom wahren Sinn der Arbeit, 2. Aufl., Stuttgart, Deutschland: Klett-Cotta Verlag.

Grantham Institute (2021): Briefing paper No 36 - The impact of climate change on mental health and emotional wellbeing, Imperial College London, [online] <https://bit.ly/3jQAfB8> [abgerufen am 09.08.2021].

Gut für die Gesundheit: Viel Gemüse und Obst, weniger Fleisch (2021): in: Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V., [online] <https://www.dge.de/presse/pm/gut-fuer-die-gesundheit-viel-gemuese-und-obst-weniger-fleisch/> [abgerufen am 09.08.2021].

Haas, Hans-Dieter (o. D.): Fordismus, Gabler Wirtschaftslexikon, [online] <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/fordismus-35654> [abgerufen am 12.08.2021].

Hagelüken, Alexander (2021): Wir brauchen 400.000 Zuwanderer pro Jahr, in Süddeutscher Zeitung, [online] <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/zuwanderungs-arbeitsmarkt-coronakrise-afd-1.5390143?reduced=true> [abgerufen am 10.09.2021].

Helbig, Marcel / Stefanie Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?: in: Wissenszentrum Berlin für Sozialforschung, [online] <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2018/p18-001.pdf> [abgerufen am 10.08.2021].

Hickel, Jason (2021): Postwachstum und MMT: Ein Gedankenexperiment: Wie uns die Modern Monetary Theory die Möglichkeit bietet, eine postkapitalistische Postwachstumswirtschaft zu schaffen, in: Stopp! Neustart, Agora 42, Ausgabe 02/2021, Stuttgart, Deutschland: Agora42 Verlagsgesellschaft.

Höfgen, Maurice (2020): Mythos Geldknappheit: Modern Monetary Theory oder Warum es am Geld nicht scheitern muss, 1. Aufl., Stuttgart, Deutschland: Schäffer-Poeschel Verlag.

Hofste, Rutger W. / Paul Reig / Leah Schleifer (2019): 17 Countries, Home to One-Quarter of the World's Population, Face Extremely High Water Stress, Worlds

Resources Institute, [online] <https://www.wri.org/insights/17-countries-home-one-quarter-worlds-population-face-extremely-high-water-stress> [abgerufen am 10.08.2021].

IPCC - Intergovernmental Panel on Climate Change (2018): Sonderbericht 1,5 °C globale Erwärmung – SR1.5, IPCC Deutsche Koordinierungsstelle, [online] <https://www.de-ipcc.de/256.php> [abgerufen am 09.08.2021].

IOM - International Organization for Migration (2020): Environment Migration, [online] <https://environmentalmigration.iom.int/environmental-migration-1> [abgerufen am 10.08.2021].

Kahlenborn, Walter / Luise Porst / Maike Voß / Uta Fritsch / Kathrin Renner / Marc Zebisch / Mareike Wolf / Konstanze Schönthaler / Inke Schauer (2021): Klimawirkungs- und Risikoanalyse 2021 für Deutschland - Kurzfassung, Umweltbundesamt, [online] https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/5750/publikationen/2021-06-10_cc_26-2021_kwra2021_kurzfassung.pdf [abgerufen am 09.08.2021].

Kaiser, Johannes (2019): Friederike Otto: "Wütendes Wetter": Eine Physikerin erklärt die Folgen der Erderwärmung, Deutschlandfunk Kultur, [online] https://www.deutschlandfunkkultur.de/friederike-otto-wuetendes-wetter-eine-physikerin-erklaert.950.de.html?dram:article_id=450770 [abgerufen am 10.08.2021].

Kern, Verena (2021): Unabgestimmte Strategie, Klimareporter, [online] <https://www.klimareporter.de/deutschland/unabgestimmte-strategie> [abgerufen am 10.08.2021].

Khanna, Parag (2021): Move: Das Zeitalter der Migration, Berlin, Deutschland: Rowohlt.

Klimaflüchtlinge gibt es nicht, stellt die Bundesregierung klar (2020): in: Die Welt, [online] <https://www.welt.de/politik/deutschland/article205265609/Klimafluechtlinge-gibt-es-nicht-stellt-die-Bundesregierung-klar.html> [abgerufen am 10.08.2021].

Kohlmeier, Manfred / Peter Schimany (Hrsg.) (2005): Der Einfluss von Zuwanderung auf die Deutsche Gesellschaft: in: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, [online] https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb01-einfluss-zuwanderung.pdf?__blob=publicationFile&v=12 [abgerufen am 10.08.2021].

Kopp, Thomas (2017). Auf Kosten anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert. München, oekom.

Krämer, Hagen (o. D.): Trickle-Down-Effekt, Gabler Wirtschaftslexikon, [online] <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/trickle-down-effekt-54458> [abgerufen am 15.09.2021].

Krüger, Anne (2020): Die gucken in die Röhre, in: fluter., [online] <https://www.fluter.de/angst-vor-klimawandel-depression> [abgerufen am 10.08.2021]

ECCHR - European Center for Constitutional and Human Rights (o. D.): Kriminalisierung von Seenotrettung: ECCHR fordert Eingreifen auf UN-Ebene, [online] <https://www.ecchr.eu/fall/kriminalisierung-von-seenotrettung-ecchr-fordert-eingreifen-auf-un-ebene/> [abgerufen am 10.08.2021].

Laghai, Shafagh (2018): Europas Politik - Afrikas Elend: in: Monitor Magazin, [online] <https://bit.ly/3CHjHo0> [abgerufen am 10.08.2021].

Laghai, Shafagh / Lara Straatmann / Sara Creta (2021): Jagd auf Flüchtlinge: Frontex und die Lybische Küstenwache: in: Monitor Magazin, [online]

<https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-jagd-auf-fluechtlinge-frontex-und-die-libysche-kuestenwache-100.html> [abgerufen am 10.08.2021].

Lutz, Christian / Ulrike Lehr / Lisa Becker / Barbara Breitschopf (2018): Vorteile der Energiewende über die gesamtwirtschaftlichen Effekte hinaus - eine literaturbasierte Übersicht: in: GWS Specialists in Empirical Economic Research, [online] https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/vorteile-der-energie-wende-ueber-gesamtwirtschaftlichen-effekte-hinaus.pdf?__blob=publicationFile&v=8 [abgerufen am 10.08.2021].

Mäder, Angelika (2015): Urban Gardening und Soziale Arbeit: Über die Bedeutung der sozialen Bewegung Urban Gardening für die Soziale Arbeit, Bachelorarbeit, Soziale Arbeit, [online] https://irf.fhnw.ch/bitstream/handle/11654/17826/Mäder_Angela_2015_BA_FHNW%20.pdf?sequence=3 [abgerufen am 12.08.2021].

Marx, Andreas (2021): Jährliche Dürrestärken in Deutschland 1952 - 2020: in: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung UFZ, [online] <https://www.ufz.de/index.php?de=47252> [abgerufen am 10.08.2021].

Milavonić, Branko (2017): Die Degrowth-Illusion: in: Makronom, [online] <https://makronom.de/die-degrowth-illusion-24137> [abgerufen am 12.08.2021].

Mollenhauer, Klaus (2010): Die Ursprünge der Sozialpädagogik in der industriellen Gesellschaft: Eine Untersuchung zur Struktur sozialpädagogischen Denkens und Handelns, 3. Aufl., Weinheim, Deutschland: Beltz.

Mouffe, Chantal (2020): Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion, 8. Aufl., Frankfurt am Main, Deutschland: Suhrkamp Verlag.

- NBC News (2021): Biden: "Trickle Down Economics has never worked" [YouTube-Video] <https://www.youtube.com/watch?v=xKmrddJrmNE> [abgerufen am 15.09.2021].
- Nümann, Britta (2019): Rechtliche Schutzmöglichkeiten für "Klimaflüchtlinge": in: Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/283563/rechtliche-schutzmoeglichkeiten-fuer-klimafluechtlinge-> [abgerufen am 10.08.2021].
- Otto, Friederike (2021): Hitze tötet hier und jetzt, in: Klimareporter, 05.06.21, [online] <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/hitze-toetet-hier-und-jetzt> [abgerufen am 09.08.2021].
- Paech, Niko (2019): Befreiung vom Überfluss: Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, 11. Aufl., München, Deutschland: Oekom verlag.
- Phönix (2021): Armuts- und Reichtumsbericht im Bundestag, [YouTube-Video] <https://www.youtube.com/watch?v=Ocx6LIbv1Qk> [abgerufen am 10.08.2021].
- Psychologists for Future (o. D.): Klimaangst – Anmerkungen zu einem aktuellen Schlagwort der Klimakrise ,Psychologists for Future, [online] <https://www.psychologistsforfuture.org/klimaangst/> [abgerufen am 15.09.2021].
- Ptak, Ralf (2017): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Christoph Butterwegge / Bettina Lösch / Ralf Ptak (Hrsg.): Kritik des Neoliberalismus, 3. Aufl., Berlin, Deutschland: Springer Verlag, S. 13-78.
- Reckwitz, Andreas (2020): Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, 7. Aufl., Frankfurt a. M., Deutschland: Suhrkamp Verlag.
- Reckwitz, Andreas (2021): Die Politik der Resilienz und ihre vier Probleme: in: Der Spiegel, [online] <https://www.spiegel.de/psychologie/corona-und-politische-resi>

lienz-was-wir-aus-der-krise-lernen-sollten-a-3cea4d87-0002-0001-0000-000176138623 [abgerufen am 10.08.2021]

Reimer, Nick / Toralf Staud (2021): Deutschland 2050: Wie der Klimawandel unser Leben verändern wird, 2. Aufl., Köln, Deutschland: Kiepenheuer & Witsch.

Riege, Marlo/Schubert, Herbert (2005). Sozialraumanalyse. Grundlagen - Methoden - Praxis. Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften GmbH.

Robert Koch Institut (o.D.): Themenschwerpunkt Demografischer Wandel, RKI, [online] https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Themen/Demografischer_Wandel/Demografischer_Wandel_node.html;jsessionid=1B38F3C26B370058944B091DAB258556.internet071 [abgerufen am 09.08.2020].

Robert Koch Institut (o. D.): Themenschwerpunkt Übergewicht und Adipositas, RKI, [online] https://www.rki.de/DE/Content/Gesundheitsmonitoring/Themen/Uebergewicht_Adipositas/Uebergewicht_Adipositas_node.html [abgerufen am 09.08.2021].

Schad, Miriam / Bernd Sommer / Sebastian Wessels (2013): Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesellschaft, in: Friedrich-Wilhelm Gerstengabe / Harald Welzer (Hrsg.), Zwei Grad mehr in Deutschland: Wie der Klimawandel unseren Alltag verändern wird, Frankfurt a. M., Deutschland: S. Fischer Verlag, S.131-188.

Schmitt, Wolfgang M. / Ole Nymoen (2021): Influencer: Die Ideologie der Werbekörper, 2. Aufl., Frankfurt a. M., Deutschland: Suhrkamp Verlag.

Schor, Juliet B. (2010): Wahrer Wohlstand: Mit weniger besser leben, 1. Aufl., München, Deutschland: Oekom Verlag.

- Seithe, Mechthild (2012): Schwarzbuch Soziale Arbeit, 2., durchgesehene und erweiterte Auflage, Wiesbaden, Deutschland: VS Verlag.
- Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2013): Wie viel ist genug?: Vom Wachstums wahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, 8. Aufl. München, Deutschland: Kunstmann Antje GmbH.
- Sonneck, Gernot / Nestor Kapusta / Gerald Tomandl / Martin Voracek (2016): Krisenin tervention und Suizidverhütung, 3. Aufl., Wien, Österreich: UTB.
- Statista Research Department a (2021): Klimaflucht, [online] <https://de.statista.com/themen/7362/klima-als-fluchtursache/> [abgerufen am 10.08.21].
- Statista Research Department b (2020): CO₂-Emissionen weltweit in den Jahren 1960 bis 2019, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/37187/umfrage/der-weltweite-co2-ausstoss-seit-1751/> [abgerufen am 10.08.2021].
- Statista Research Department c (2021): Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2020, [online] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/> [abgerufen am 12.08.2021].
- Staub-Bernasconi, Silvia (2019): Menschenwürde - Menschenrechte - Soziale Arbeit: Die Menschenrechte vom Kopf auf die Füße stellen, Berlin & Toronto, Deutschland & Kanada: Verlag Barbara Budrich.
- Stein, Claudius (2020): Spannungsfelder der Krisenintervention: Ein Handbuch für die psychosoziale Praxis, 2. Aufl., Stuttgart, Deutschland: Kohlhammer Verlag.
- Toyka-Seid / Gerd Schneider (2020): Imperialismus, in Bundeszentrale für politische Bildung, [online] <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/320510/imperialismus> [abgerufen am 09.08.2021].

Umweltbundesamt a (2021): Treibhausgas-Emissionen in Deutschland, Umweltbundesamt, [online] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/klima/treibhausgas-emissionen-in-deutschland#emissionsentwicklung> [abgerufen am 09.08.2021].

Umweltbundesamt b (2021): Gesundheitsrisiken durch Hitze, Umweltbundesamt, [online] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-gesundheit/gesundheitsrisiken-durch-hitze#indikatoren-der-lufttemperatur-heisse-tage-und-tropennachte> [abgerufen am 09.08.2021].

Umweltbundesamt c (2021): Umwelt, Gesundheit und soziale Lage, Umweltbundesamt, [online] <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-gesundheit/umwelt-gesundheit-soziale-lage#sozial-und-gesundheitlich-benachteiligt> [abgerufen am 10.08.2021].

Umweltbundesamt d (2021): Trockenheit in Deutschland – Fragen und Antworten, Umweltbundesamt, [online] <https://www.umweltbundesamt.de/themen/trockenheit-in-deutschland-fragen-antworten> [abgerufen am 10.08.2021].

Welzer, Harald (2008): Klimakriege: Wofür im 21. Jahrhundert getötet wird: Frankfurt a. M., Deutschland: S. Fischer Verlag.

World Disasters Report (2020): in: International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies, [online] <https://media.ifrc.org/ifrc/world-disaster-report-2020> [abgerufen am 10.08.2021].

Zentrum für Klimaresilienz (2021): in: Universität Augsburg, [online] <https://www.uni-augsburg.de/de/forschung/einrichtungen/institute/zentrum-fur-klimaresilienz/> [abgerufen am 10.08.2021].

Erklärung

1. Ich versichere, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst habe.
2. Ich versichere, keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt und die Standards guten wissenschaftlich Arbeitens eingehalten zu haben.
3. Die gesetzlichen Vorschriften zum Datenschutz und zum Schutz der Urheberrechte wurden von mir beachtet.

Nürnberg, den 23.09.2021

A handwritten signature in black ink, reading "Manuel Zepke". The signature is written in a cursive style with a large, stylized 'Z'.